1/96 öS 45.-

domino

Europamagazin zur Selbstbestimmung gehinderter Menschen

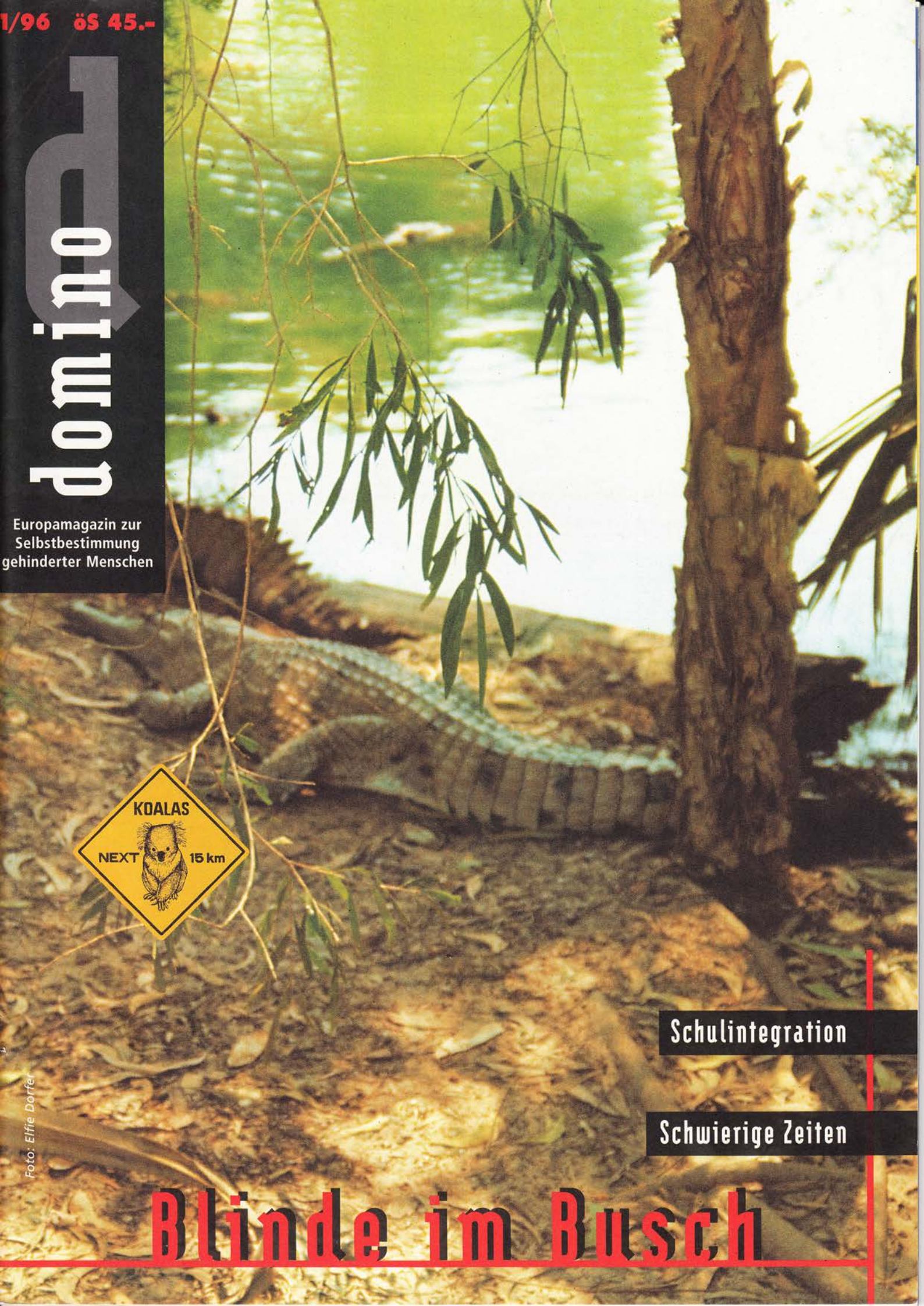


Foto: Elfie Dorfer

Schulintegration

Schwierige Zeiten

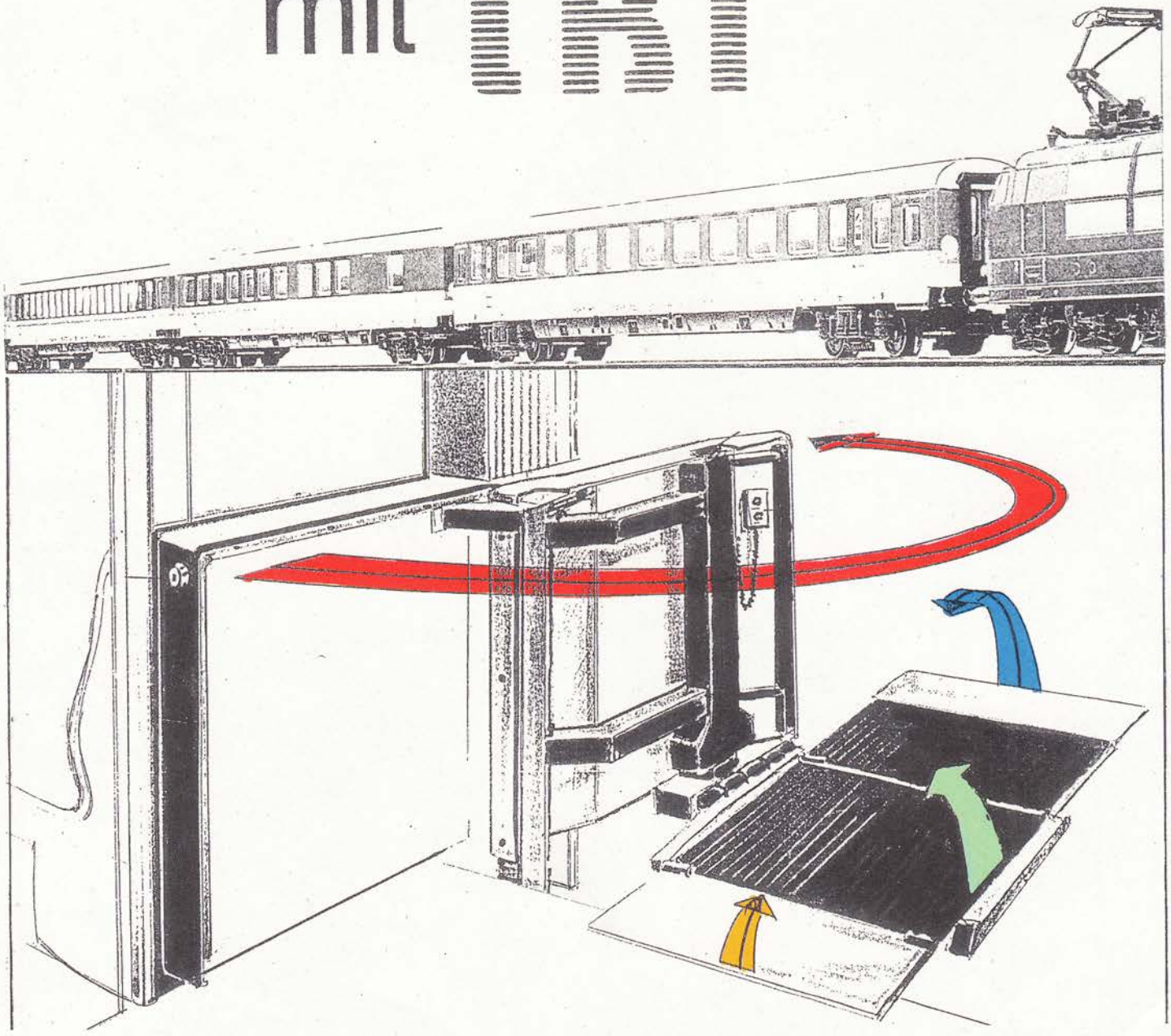
Blinde im Busch

MBB Förder- und Hebesysteme GmbH

AMF Apener Maschinenbau, Förderanlagen und Hebetechnik

Zug um Zug

mit TA1



MBB Förder- und Hebesysteme GmbH

Werk Hoyenkamp

Postfach 1840
D-27738 Delmenhorst
Telefon 0 42 21 / 853-203
Telex 2 49 288 mbb d
Telefax 0 42 21 / 89 3 99

AMF **Apener Maschinenbau, Förderanlagen und Hebetechnik**

Gustav Bruns GmbH & Co. KG

Hauptstraße 83
26689 Apen
Telefon 04489 / 7224 u. 5923
Telefax 04489 / 6245

„Schulische Integration ist ein elementares Menschenrecht", hat nicht etwa ein radikaler Behindertenaktivist gesagt, sondern der Wiener Stadtschulratspräsident Dr. Kurt Scholz. Starke Worte von einem Bildungspolitiker in einer Zeit, wo der Rotstift manche Humanität vermissen läßt. Grund genug, Scholz zum Interview zu bitten. Die schulische Integration behinderter Kinder im Sekundarbereich, sprich in der Hauptschule, in der AHS und in den Polytechnischen Lehrgängen wird gefordert. Geht das eigentlich, ist das sinnvoll, hat das behinderte Kinder etwas davon? Die gleichen Fragen wie vor zehn Jahren zu Beginn der Integrationsbewegung. Da es dieselben Fragen sind, bleibt die Antwort auch immer dieselbe; ein klares unmißverständliches Ja. Germanisten werden das bestätigen. Aber hier geht es wohl nicht nur um Grammatik. Aussonderung gegen Integration heißt der Kampfauftrag. Dahinter steht ein menschenverachtendes Weltbild. Die Vielfalt muß weichen. Behinderung wird zum Feindbild und muß eingegrenzt und kontrolliert werden. In Sonderkindergärten, Sonderschulen, Heimen und Werkstätten. Nur auf dem Friedhof sind sie wieder mit der perfekten Welt vereint.

Viele träumen, daß Sondereinrichtungen eines Tages überflüssig werden. Gemeint sind hier nicht die Integrationsbefürworter, die für Individualität und Vielfalt kämpfen, sondern Menschen, die dem Perfektionismuswahn verfallen sind. Weltweit findet diese Gattung von Mensch Unterstützung. Ob es die Thesen vom Tötungsphilosophen Peter Singer sind, oder ob der Europarat demnächst über wertes und unwertes Leben in einer Bio-Ethik-Konvention sein Urteil fällt. In einem ausführlichen Dossier setzt sich Günter Heiden mit dem Entwurf zur Bio-Ethik-Konvention auseinander.

Menschenwürdiges selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen nur zur Hochkonjunktur? Das ist hier die Frage. Die österreichische Regierung hat eine Antwort gefunden. Drei Milliarden Schilling spart sie im Bereich der pflegebedürftigen Menschen ein.

Kennen Sie den? Vranitzky und Schüssel sitzen bei einem Glas Wein zusammen. Beide sinnieren, wie sie das Budget sanieren können. Vranitzky schlägt vor, sein Gehalt um die Hälfte zu kürzen. Ohne zu zögern, stimmt Schüssel zu und kürzt auch sein Gehalt um 50 Prozent. Diese Sparidee macht in Wien die Runde. Alle Minister, alle Staatssekretäre zeigen sich begeistert und verzichten auch in der gleichen Höhe. Diese grandiose Idee findet auch in den Behinderten- und Altenheimen Nachahmer. Karl Müller, ein pflegebedürftiger Heimbewohner, ruft Vranitzky an: „Auch ich will Solidarität üben, streicht mir die Hälfte des Taschengeldes." Darauf unser Kanzler: „Das kommt ja gar nicht in Frage, wir vergreifen uns nicht an Wehrlosen, wir sparen gerecht." Schüssel schreibt darauf Karl Müller einen Brief: „Wir, die ÖVP, sparen intelligent." Leider nur ein dummer Witz. Bei den Koalitionsverhandlungen hat Schüssel auf jeden Fall das Wort „intelligent" eingespart. Auch beim Taschengeld wurde gespart, nicht das des Kanzlers, nicht das des Vizekanzlers, sondern das des Karl Müller. Und gleich um 50 Prozent. Angerufen hat er auch nicht, da der Tiroler sich die Telefonkosten bereits jetzt nicht mehr leisten kann.

Unfair wollen wir aber nicht sein, es gibt eine kleine Verbesserung. „Anspruch auf Pflegegeld vor Vollendung des dritten Lebensjahres besteht jedoch dann, wenn damit für den Pflegebedürftigen eine aus den konkreten Verhältnissen resultierende Härte vermieden wird." Doch der Teufel steckt im Detail. Mit konkreten Verhältnissen, was ist damit wohl gemeint? Richtig, die finanziellen Verhältnisse. Da wird doch wirklich über die Hintertür die Einkommensabhängigkeit bei der Pflegegeldleistung eingeführt. Bei diesem Probegalopp ist es doch wirklich großzügig, daß der Gesetzgeber eine Kannbestimmung schaffen will.

Nun zu weiteren Themen in diesem Heft! Ein neuer Schreiber beglückt uns direkt mit zwei Geschichten. In einer abenteuerlichen Story berichtet er über vier blinde Menschen im australischen Busch. Weiters sinniert er über die Rückgabemöglichkeit von europäischem Leergut. In einer neuen Serie porträtieren wir wichtige Persönlichkeiten unseres Lebens. Diesmal ist es Ana, ein Integrationskind mit steiler Karriere. Meldungen, Termine und Kultur runden das Leseprogramm ab. Bis zum nächsten Mal darf ich mich empfehlen.

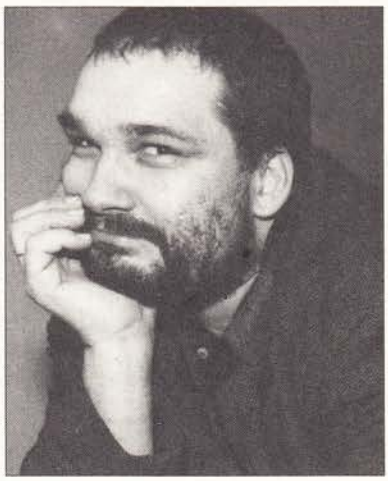


Foto: Archiv

Andreas Oechsner, verantwortlicher Redakteur.

Liebe Leserinnen und Leser!

domino visionen

Wir über uns

Vielleicht ist es Ihnen schon aufgefallen. domino hat ein neues Erscheinungsbild. Auch der Name ist abgeändert. „domino - Europamagazin zur Selbstbestimmung gehinderter Menschen" ist der neue Titel. Warum? Nun, als in Österreich am 17. Dezember vorigen Jahres ein neuer Nationalrat gewählt wurde, just an jenem Tage tagten die Redakteure und Redakteurinnen von domino, um an einem solch historischen Datum über die Zukunft unseres Magazins zu beraten. Schließlich haben die Parteien Kursänderungen angekündigt, da wollten wir nicht hinterher hinken. Im Gegensatz zu den Parteien haben wir Visionen entwickelt. Zunächst zum Titel. domino bleibt, klingt gut, gell. Das ist die Sprachregelung für unseren deutschen Kollegen. Europamagazin, diese Philosophie verfolgt seit langem unser Berliner Kollege Hans Günter Heiden: „Meine Vision ist ein Verbrauchermagazin für behinderte Menschen in Europa." Selbstbestimmung braucht nicht erläutert zu werden. Gehinderte Menschen, damit kommen wir einem österreichischen Kollegen entgegen. Außerdem ist das ein „Markenzeichen", so Silvia Oechsner.
Ein weiteres Markenzeichen ist unser Papier. Wir haben uns entschlossen, domino auf 100prozentiges Umweltschutzpapier zu drucken. Hier hat sich unser Berliner Kollege durchgesetzt.

Nicht nur äußerlich haben wir Veränderungen vorgenommen. Dann hätten wir den Parteien nichts voraus. Ab dem zweiten Halbjahr dieses Jahres wird es eine deutsche Ausgabe von domino geben. Konkret gibt es dann einen länderspezifischen Teil jeweils für Österreich und Deutschland. Der internationale Teil wird für beide Länder gemeinsam produziert. Für den deutschen Teil gibt es jetzt schon ein Berliner Redaktionsbüro. Der Berliner Kollege träumt jetzt schon von einer französischen und einer englischen Ausgabe.

Noch sind wir nicht so weit. Dennoch gibt es eine weitere Neuerung. Zunächst war es eine Vision. Ein professionelles, vereinsunabhängiges Magazin mit einem Einhefter eines Vereines. Grundidee dieses Vorhabens ist die Vernetzung und die Verbreitung von Informationen. Hierbei soll die Eigenständigkeit und die Unabhängigkeit der Redaktion gewahrt bleiben. Gleichzeitig wird die Öffentlichkeitsarbeit des Vereines, mit dem die Zeitung kooperiert, gefördert. Der Verein hat damit eine gute Plattform, seine Projekte und Aktivitäten darzustellen. Beide Seiten profitieren von dieser Kooperation. Den Schritt ins kalte Wasser hat Jugend am Werk Steiermark gewagt. In der Steiermark gibt es ab dieser Ausgabe ein domino mit Jugend am Werk-special. Jetzt können Sie auch leicht erraten, was Jugend am Werk - Steiermark mit domino zu tun hat.

In Zukunft wollen wir den Serviceteil unseres Magazins weiter ausbauen. Im Februar dieses Jahres haben wir den ersten „domino-text" veröffentlicht. In Zusammenarbeit mit der UNESCO haben wir die deutsche Übersetzung des Salamanca-Dokumentes zur integrativen Bildungspolitik produziert. Auch in Zukunft wollen wir wichtige Dokumente in der Reihe domino-texte veröffentlichen.

Idee: Kreativwerkstätte, Jugend am Werk Graz/St. Peter.

Foto: Elke Dorfer

Abenteuer Urlaub: Blinde im Busch

Wenn einer eine Reise tut, dann hat er was zu erzählen. Was ist aber, wenn sich Blinde in den Busch Australiens verirren? Über kleine Zwischenfälle mit Krokodilen und Korallenriffen und die Gefahren eines Toilettenganges **6-9**

Menschenwürde
in Gefahr

„Von Fall zu Fall"
Feurstein im Gespräch

Coverfoto: Elke Dorfer

Inhalt März 1996

Editorial 3

Wir über uns 4

Schwerpunkt: 6
Schulische Integration – ein Menschenrecht
Interview mit Dr. Kurt Schulz

News Österreich 10
News Europa 11

Abenteuerurlaub im Busch – Australien 12

Bewährungsprobe für den Euro 15

Studieren in Europa 16

Porträt: 17
Biene, Biene, Honigbiene

Menschenwürde in Gefahr 19
Die Bio-Ethik-Konvention

Europa der Flaschen 26

Unsichtbare BürgerInnen 28

Bücher 29

Herr Groll erfährt die Welt 31
Buchvorabdruck

Politik: UK's Disability Discrimination Act 95 32

Erstes Behinderten-parlament 34

Von Fall zu Fall: Interview mit Dr. Feurstein (ÖVP) 35

Kommentar 37

Serviceseiten 38

Mailbox 40

Salamanca Erklärung 42

Foto: Andreas Oechsner

Schwierige Zeiten

„Wenn es um Menschenrechte Behinderter geht, dann müssen von Beginn an Behindertenverbände in diesen Gesetzesentwurf eingebunden werden. Alles andere, bitte, ist blanker Zynismus."

Schulische Integration
ein elementares Menschenrecht

Mit der 15. Schulorganisationsgesetznovelle verankerte der Gesetzgeber 1993 das Recht auf Integration behinderter Kinder in der Volksschule. Gleichzeitig wurden auch Rahmenbedingungen festgeschrieben, die einen integrativen Unterricht ermöglichen. Aber was ist im Sekundarbereich? Auch hier muß die schulische Integration gesetzlich geregelt werden. Lange mußten betroffene Eltern und ihre Interessensvertretungen auf einen entsprechenden Entwurf warten. Bitte warten, hieß es aus dem zuständigen Ministerium. Ende Jänner dieses Jahres verschickte die Unterrichtsministerin den ersten Referentenentwurf. Nicht etwa der Interessensvertretung „Integration:Österreich", sondern nur den Landesschulratspräsidenten. Sollten „Integration:Österreich" sowie die Elterninteressensvertretern in den Ländern vor vollendete Tatsachen gestellt werden?
Dr. Kurt Scholz, Stadtschulratspräsident von Wien verhinderte diese Politik. Scholz übernahm die Aufgabe des Ministeriums. Der Wiener Schulpolitiker informierte die Eltern und eröffnete so die Diskussion über den Referentenentwurf. Über seine Beweggründe sprach domino mit dem Wiener Stadtschulratspräsidenten.

Dr. Kurt Scholz
Wiener Stadtschulratspräsident.

domino im Gespräch mit dem Wiener Stadtschulratspräsidenten Dr. Kurt Scholz

domino: „Der Referentenentwurf war ja eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Warum haben Sie als Wiener Stadtschulratspräsident den Referentenentwurf zur Schulorganisationsgesetznovelle den Eltern zugänglich gemacht?"

Scholz: „Schauen Sie, mein Grund, warum ich die Diskussion mit den Eltern gesucht habe, ist ein ganz einfacher. Niemand kann sich in Österreich vorstellen, daß ein Wirtschaftsgesetz ohne Mitwirkung der Bundeswirtschaftskammer oder der Industriellenvereinigung zustande kommt. Niemand kann sich vorstellen, daß ein Sozialgesetz ohne Zustimmung der Gewerkschaft oder der Arbeiterkammer entworfen wird. Nur im Behindertenbereich ist so etwas möglich. Zuerst wird hier ein Gesetz hinter verschlossenen Polstertüren vorbereitet. Danach wird es verbreitet und dann wird einmal geschaut, wie die Behindertenorganisationen darauf reagieren werden. Das ist eine grundsätzlich falsche Vorgangsweise. Wenn es um Menschenrechte Behinderter geht, dann müssen von Beginn an Behindertenverbände in diesen Gesetzesentwurf eingebunden werden. Alles andere, bitte, ist blanker Zynismus."

domino: „Die 15. Schulorganisationsgesetznovelle hat das Recht auf schulische Integration im Volksschulbereich verankert. Der jetzige Referentenentwurf, der die schulische Integration

im Sekundarbereich betrifft, geht nicht so weit. Wo liegen für Sie die kritischen Punkte?"

Scholz: „Der vorliegende Entwurf ist ein Rückschritt, das ist überhaupt keine Frage und stellt für mich keine taugliche Diskussionsbasis dar. Meine Haupteinwände sind ganz klar. Integration soll nur dort stattfinden, wo sie organisatorisch möglich ist. Das sind klassische Ausflüchte! Wenn man etwas nicht will, dann ist es nicht organisierbar. Es ist ein Entwurf, der nicht die Rahmenbedingungen der Integration darlegt. Wir haben mit der Volksschule in langen und sehr schwierigen Diskussionen gewisse Rahmenbedingungen geschaffen. Gleichgültig, was das Unterrichtsministerium will oder nicht will, werden die Eltern auf diesen Rahmenbedingungen beharren, und sie haben auch recht. Wie ein roter Faden zieht es sich durch diesen Entwurf. Integration findet nur dort statt, wo es um Gnade, Mitleid oder Verständnis geht. Das ist falsch. Integration hat etwas mit gesellschaftlichen Wertvorstellungen zu tun. Es geht nicht um Gnade, sondern es geht um ein ganz elementares Menschenrecht."

domino: „Das sieht die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten anders. Elisabeth Gehrer hat in einem Schreiben mitgeteilt: „Ich halte Integration weder für ein „Experiment" noch für ein Menschenrecht, sondern für eine Erweiterung der pädagogischen Handlungsmöglichkeiten."

Scholz: „Diese Interpretation lehne ich ab! Wenn das wirklich so gesagt und formuliert wurde, ist das der Austritt Österreichs aus der zivilisierten Völkergemeinschaft."

domino: „Uns liegt dieser Satz schriftlich vor."

Scholz: „Das halte ich international nicht für vertretbar. Dieses steht im Widerspruch zu allen Resolutionen von der UNESCO. Damit rutschen wir wahrscheinlich auf einen Menschenrechtsbegriff, wie er in der Dritten Welt herrscht."

domino: „Zurück zum vorliegenden Entwurf. Welche Knackpunkte, an denen es sich spießen wird, sind noch vorhanden?"

Scholz: „Hier muß ich fairerweise sagen, daß hier eine gewisse Lernfähigkeit seitens des Unterrichtsministerium besteht. Im Gegensatz zum ersten Entwurf sind im neuesten Entwurf schon bestimmte Passagen abgeändert. Meines Erachtens gibt es immer noch keine klaren Bestimmungen, was die Klassengrößen betrifft, es gibt keine klaren Bestimmungen, was den Lehrereinsatz oder den Pädagogeneinsatz betrifft. Des weiteren fehlt mir das klare Bekenntnis, daß es das Recht des behinderten Menschen ist, im Prinzip an jeder Schule die Möglichkeit der integrativen Beschulung zu erhalten."

domino: „Sind die nach Ihrer Ansicht fehlenden Elemente eher Zufall oder war diese bildungspolitische Entwicklung absehbar?"

Scholz: „Diese Entwicklung ist zweifellos in einem Zusammenhang mit einer gewissen konservativen Erstarrung unserer Gesellschaft und auch der Bildungsdiskussion zu sehen. Bei dieser konservativen Erstarrung paßt als Argument natürlich sehr gut die ökonomische Verknappung hinein. Ich sehe das überhaupt nicht ein, daß die Ökonomiedebatte ausgerechnet bei behinderten Menschen beginnt. Stellen Sie sich eine AHS vor, wo in einem Wahlpflichtfach 5 oder 6 oder 10 Schüler sitzen. Das ist finanzierbar, und nun soll die Integration behinderter Menschen nicht mehr finanzierbar sein. Das ist eine Politik, die auf der Seite der Stärkeren und nicht der Schwächeren steht. Dann ist das eine Politik nicht für die, die es notwendig haben, sondern es ist eine Politik für eine satte Mehrheit und nicht für die Minderheit. Eine solche Politik ist falsch und abzulehnen."

domino: „Wie sieht es in Wien mit der schulischen Integration im AHS Bereich aus?"

Scholz: „Was Österreich betrifft, hat Wien hier eine Vorreiterolle. An sechs AHS Standorten haben wir im Rahmen von Schulversuchen Integrationsklassen eingeführt. Das waren durchaus mühsame Prozesse, die pro Schule eineinhalb Jahre und länger gedauert haben. Es gab beträchtliche Widerstände zu überwinden,

Erste Stellungnahme von I:Ö

„Die schon im Schulorganisationsgesetz verankerte vorbildliche Bestimmung, daß Integration eine Aufgabe der Schule ist, wird neu gefaßt und bis zur Unkenntlichkeit verwässert", heißt es in einer ersten Stellungnahme von „Integration Österreich" (I:Ö). Die Interessensvertretung von Eltern behinderter Kinder, die den Entwurf betreffend der Schulorganisationsgesetznovelle erst auf Umwegen erhalten hat, begrüßt die grundsätzliche Ausrichtung des Entwurfes. „Der Grundsatz der Integration im Sekundarbereich ist zwar akzeptiert", interpretiert der Jurist Rene Schindler für I:Ö das vorliegende Papier. „Aber der vorliegende Entwurf sichert nicht die pädagogische Qualität des integrativen Unterrichts. Im einzelnen ist nicht geregelt, daß es beim „Auffüllen" von integrativ geführten Klassen zu keiner Konzentration von „Problemkindern" kommen darf. Die Zusammensetzung der Kinder in der Klasse muß der Vielfalt der Begabungen und Neigungen entsprechen", fordert I:Ö. Weiters steht auf dem Integrationswunschzettel, daß statt der Ziffernnoten alternative individuelle Leistungsbeschreibungen eingeführt werden. Auch werden die vorgesehenen Möglichkeiten der Integration an der AHS scharf kritisiert: „Für Integrationsklassen müssen die Aufnahmekriterien gänzlich aufgehoben werden. Es ist pädagogisch unsinnig, das mittlere Begabungsfeld auszuschließen, wenn ein binnendifferenzierter Unterricht stattfindet." Mitte März stellte sich die Ministerin erstmals den Kritikpunkten der Elternvereinigung.

aber wir haben jetzt sechs AHS. Darauf bin ich stolz, von meinem Ziel bin ich aber noch weit entfernt. Zufrieden werde ich sein, wenn Integration überall ermöglicht wird und fixer Bestandteil im Schulwesen ist."

domino: „Sie treten für die schulische Integration im gesamten Sekundarbereich ein?"

Scholz: „Selbstverständlich! Das ist doch einer der wirklichen Schritte zu mehr Humanität, die es im Schulwesen geben muß."

domino: „Wie sehen dieses denn die anderen Landesschulratspräsidenten?"

Scholz: „Gefühlsmäßig möchte ich sagen, daß das in der Steiermark und in Wien unterstützt wird, ansonsten habe ich wenig Enthusiasmus verspürt. Im Gegenteil! Eher Hinweise auf organisatorische Schwierigkeiten, obwohl ich das Wort „organisatorische Schwierigkeiten" im Zusammenhang mit der Schulreform fast nicht mehr hören kann. Als man 1962 mit dem Schulgesetz die Obergrenzen pro Klasse 30 bzw. 36 eingeführt hat, ist ein Sturm der Empörung durch Österreich gegangen. Damals haben Landesschulräte nachgewiesen, daß eine Obergrenze von 36 Schülern pro Klasse nicht organisierbar sei, heute lächeln wir darüber. Es wäre schon einmal interessant, zu hinterfragen, was hinter dieser Formel „das ist organisatorisch nicht möglich" steckt. In Wirklichkeit steckt wahrscheinlich dahinter: „ich will es nicht, oder ich bin nicht bereit, dafür zu kämpfen". Bis vor 10 oder 20 Jahren haben alle österreichischen Theater nachgewiesen, daß es organisatorisch nicht möglich ist, mit einem Rollstuhl in ein Theater zu kommen. Oh Wunder, nach 10 oder 15 Jahren behindertenpolitischen Diskussionen ist es plötzlich möglich. Bis dahin war es feuerpolizeilich und baupolizeilich nicht möglich."

domino: „Vielen LehrerInnen im Sekundarbereich geht die schulische Integration zu schnell. Sie fordern eine längere Vorbereitungszeit."

Scholz: „Natürlich muß man sich darauf vorbereiten, aber wie lange dauert die Vorbereitungszeit jetzt schon? Im Pflichtschulbereich machen wir nun schon seit 8 Jahren Erfahrungen. Vorbereitung muß sein, aber irgendwann muß diese Phase ja auch zu Ende sein, und wir offerieren den AHS-LehrerInnen jede Besuchsmöglichkeit in Volksschulen. Dort kann angeschaut werden, wie das dort geht, und es gibt keine bessere Vorbereitung, als sich selbst anzusehen, wie schulische Integration behinderter Kinder mehr oder weniger funktioniert. Ich betone, daß das nicht alles immer ideal ist, aber es gibt funktionierende Modelle. Eine bessere Vorbereitung gibt es nicht."

domino: „Was passiert, wenn der jetzige Entwurf ohne größere Kurskorrekturen Gesetz wird?"

„Wir offerieren den AHS-LehrerInnen jede Besuchsmöglichkeit in Volksschulen. Eine bessere Vorbereitung gibt es nicht."

Scholz: „So wird der Gestzesentwurf nicht durch den Nationalrat gehen. Dieser muß in den Grundzügen massiv verändert werden. Ich glaube, daß es in den letzten Wochen schon gelungen ist, in der Diskussion einige Erfolge zu erzielen. Der derzeitige Entwurf ist für mich indiskutabel und muß von Grund auf geändert werden. Alles andere wäre ein „Angriff" gegen Wien und ein Rückschritt für die Integration behinderter Menschen."

domino: „Wir danken für das Gespräch."

Das Gespräch führte Andreas Oechsner.

THERAPEUTISCHE HILFSMITTEL
MUSIKTHERAPIE INSTRUMENTE
PSYCHOMOTORISCHE BEHELFE

Therapie & Musik
MEINGAST
Dietach 65
4600 Schleißheim/Wels
Tel.: 07242 / 67 507
Fax.: 07242 / 67 507-33

Unser Fachgeschäft führt ausschließlich ORFF Instrumente, Musiktherapieinstrumente, Ausstattungen für den psychomotorischen Bereich und bietet Serviceleistungen und eine spezielle Fachberatung, die Sie gerne jederzeit in Anspruch nehmen können.

Aus unserem Angebot:

- sämtliche Schlitztrommeln – original BIG BOM
- Trommeltisch
- Xylophone und Metallophone
- klingende Stäbe
- Rasseln, Kastagnetten, Triangeln
- Djemben
- Glockenspiele, Röhrenglocken
- Klangschalen, Cymbeln, Gongs
- Becken und Chimes
- Congas und Bongos
- alle ORFF Instrumente
- viele Trommeln in jeder Größe

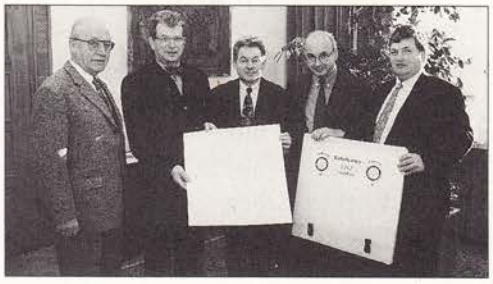
u. v. m.

Für den Therapiebereich:
- Spezialanfertigungen von Wasserbetten mit Musikanlage
- Lichteffekte – individuell auf Ihre Räume und Anforderungen abgestimmt
- Spielmaterialien für die heilpäd. Anwendung

Katalog und Infos anfordern!

N E W S A

Unbegreiflich faßbar



Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, Vertreter Rotary-Club Linz, handliche Reliefkarte und Blindenkoffer. Foto: F. Linschinger, OÖ. Landespresse

Linz / Schwer zu tragen hat der blinde Mensch, wenn er sich in Linz auskennen will. Nach zweijähriger Vorbereitungszeit konnte im Dezember vorigen Jahres ein Stadtplan für blinde Menschen vorgestellt werden. Er besteht aus einer Reliefkarte von Linz und Umgebung, einer Straßennetzkarte sowie sechs weiteren Stadtkarten. Die handlich quadratischen Karten (50 x 50 cm) sind im einem modischen „Blindenkoffer" in der Linzer Touristeninformation erhältlich. Hier wird „Unbegreifliches faßbar" gemacht, heißt es in der entsprechenden Pressemitteilung der Stadt Linz. Dieses Projekt wurde vom Rotary-Club Linz in Auftrag gegeben. Es soll blinde Menschen in die Lage versetzen, Wege alleine zu bewältigen. „Auch als touristische Information lassen sich die Koffer vortrefflich einsetzen", so besagte Pressemitteilung. Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und Bürgermeister Dr. Franz Dobusch bekamen einen solchen Blindenplan überreicht. Ob sie ihn verwenden, ist nicht bekannt.

Schwer zu tragen hat der blinde Mensch...

Provisorium

Graz / „Mich wundert, daß man für Mariazell keine anständige Lösung gefunden hat", klagt Pater Karl Schauer, Superior der Mariazeller Benediktiner. Dem Auftrag eines Landtagsbeschlusses vom 4. Juli 95 entsprechend wird zwar die Landesausstellung barrierefrei gestaltet und ein Aufzug installiert werden, die barrierefreie Zugänglichkeit der Basilika ist aber nur provisorisch. Der für die Landesausstellung verwendete Lift soll nach Ende der Landesausstellung abgebaut und beim Haus der Architektur in Graz wieder errichtet werden. Damit ist die Chance vertan, die Basilika Mariazell auf Dauer auch für Rollstuhlfahrer zugänglich zu machen. Nach Auskunft des Planungsbüros für die Adaptierungsarbeiten in Zusammenhang mit der Landesausstellung wäre der Lift als Dauerlösung aus gestalterischen Gründen nicht geeignet. Eine Dauerlösung ist für Pater Schauer sehr erstrebenswert, sie müßte aber anders konzipiert sein und würde Kosten verursachen, die der Benediktinerorden nicht aufbringen kann. Bei der Suche nach Unterstützung stieß Pater Schauer bisher nur auf taube Ohren. Er findet deshalb die Vorgangsweise der Politiker „unanständig", behindertengerechte Zugänglichkeit von Landesausstellungen zu garantieren, ohne dafür das Geld zur Verfügung zu stellen.

ABC für SachwalterInnen

Bregenz / IFS / „Wissenswertes zur Sachwalterschaft" nennt sich eine Broschüre, die vom Institut für Sozialdienste herausgegeben worden ist. Mit einfachen Formulierungen werden praktische Tips für jene vermittelt, die vom Gericht zu Sachwaltern von geistig- oder psychischbehinderten Menschen bestellt werden. Ein wichtiger Wegweiser für Laien, die dem schwer durchschaubaren Gesetzesdschungel oft hilflos gegenüberstehen. Angeschlossen ist der Gesetzestext: „Sachwalterschaft für behinderte Personen." Die informative Broschüre kann bei der IFS Sachwalterschaft, Marktplatz 10, A-6800 Feldkirchen, Tel.: 05522 / 75191-0 bestellt werden.

Mit Erdgas auf Nummer Sicher!

Wie die Praxis beweist, gibt es keine Energieversorgung, die sicherer und krisenfester wäre als Erdgas. Trotz sonstiger Energiekrisen, Versorgungsengpässen, Kriegen und Bürgerkriegen – Erdgas war immer und zu jeder gewünschten Menge verfügbar. Selbst aus dem krisengeschüttelten Rußland hat es nie Versorgungsschwierigkeiten gegeben. Die Russen haben stets und pünktlich die vereinbarten Mengen geliefert. Oberösterreich hat aber aus Gründen der Versorgungssicherheit auch eine zweite Versorgungsquelle angezapft, das Troll-Erdgasfeld in der Nordsee und mit entsprechenden Verträgen dortige Lieferungen vereinbart und gesichert. Insgesamt sind in Oberösterreich 1,65 Milliarden Kubikmeter Erdgas 1995 verbraucht worden. Ein Drittel davon werden im eigenen Land gefördert. Einer der Hauptabnehmer war die SBL-Stadtbetriebe Linz GmbH. Ein Drittel der genannten Menge wird in oberösterreichischen Haushalten und in der mittelständischen Industrie und Gewerbe verbraucht. In Linz hat die SBL einen Röhrenspeicher für Erdgas errichtet, der den Tagesbedarf der Haushalte im Versorgungsnetz auspendelt. Diese Gasreserve dient dem Ausgleich von optimalen Verbrauchsspitzen. So hat die SBL vorgesorgt, damit ihre Gaskunden mit dem SBL-Gas auf Nummer Sicher gehen können.

SBL erdgas gut, wenn man's hat

E NEWS

Peter Singer kommt

Heidelberg (FR) / Der australische Bioethiker Peter Singer will am 3. Mai nach Deutschland kommen. Er hat eine Einladung des Heidelberger Instituts für systemische Forschung angenommen und soll zum Thema „Die Entscheidung zwischen Leben und Tod" sprechen. Das bundesweite „Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen" hat ein Einreiseverbot für Singer gefordert, da Singer „zum Symbol für die mörderischen Konsequenzen der Bioethik" geworden sei. Auch die „Internationale Initiative gegen die Europäische Bioethik-Konvention" hat sich gegen einen Auftritt von Singer ausgesprochen.

Erste Menschenrechtskonferenz geistig behinderter Menschen

Warschau (LHZ) / Etwa 120 TeilnehmerInnen aus Zentral- und Osteuropa haben im Oktober 1995 auf ihrer ersten Menschenrechtskonferenz, die im Parlamentssaal der polnischen Hauptstadt stattfand, die „Warschau-Deklaration" verabschiedet. Darin werden u. a. folgende Menschenrechte eingefordert: das Recht, vor Folter und allen Formen mißbräuchlicher und unmenschlicher Behandlung bewahrt zu werden; das Recht auf Privat- und Familienleben; das Recht auf Erziehung; das Recht an kulturellen Aktivitäten teilnehmen zu können.

Europäische Termine

Zur weiteren europäischen Vernetzung von Behindertenorganisationen gibt es im Sommer 1996 zwei Treffen.
In Erlangen findet vom 31. Mai – 2. Juni das 3. Treffen deutschsprachiger Selbsthilfeorganisationen „Selbsthilfe für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigetes Leben" statt. TeilnehmerInnen aus der Schweiz, Österreich und Deutschland werden erwartet.
Kontakt: ISL, Axel Bauer,
Luitpolstraße 74c,
D-91052 Erlangen,
Tel.: ++49 (0)9131 / 20 48 98,
Fax: ++49 (0)9131 / 20 52 25

Konferenz: „Selbstbestimmt Leben für behinderte Frauen in Europa" München, 15. – 18. August 1996

Behinderte Frauen werden als Frauen und als Behinderte doppelt diskriminiert. Weder in Frauen- noch im Behindertenzusammenhängen werden sie bislang mitgedacht. Deshalb haben sich in vielen europäischen Ländern behinderte Frauen zusammengeschlossen, um Erfahrungen auszutauschen und ihre eigenen Interessen zu vertreten. Auf europäischer Ebene haben Frauen mit körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen im Sommer Gelegenheit, sich auszutauschen und zu vernetzen.
Organisiert wird die Konferenz von DPI Europa und der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL) Deutschland. Für Unterkunft und Mahlzeiten wird gesorgt. Die Konferenzgebühr beträgt 200 DM. Fahrkosten müssen selber getragen werden.
Anmeldeschluß:
Freitag, 12. Juli 1996

Kontakt: bifos, Barbara Volkwein,
Jordanstr. 5, D-34117 Kassel,
Tel.: ++49 (0)561/72885-40,
Fax: ++49 (0)561/72885-29

Geheime Sparpläne

Ottmar Miles-Paul, ISL-Geschäftsführer; Foto: Andreas Oechsner

Stuttgart/Kassel (Tsp/FR) / Auf massive Kritik der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL) sind – bisher unveröffentlichte – Sparpläne der deutschen Bundesländer gestoßen. Danach soll die Ausgleichsabgabe für nicht besetzte Pflichtplätze nach dem Schwerbehindertengesetz auf unter 200 DM (1400 ÖS) gedrückt werden. Gleichzeitig soll die vorgeschriebene Pflichtquote zur Beschäftigung auf weniger als 6 % reduziert werden. „In Zeiten, wo es für Schwerbehinderte auf dem Arbeitsmarkt zunehmend kritischer wird, sollte die Ausgleichsabgabe vielmehr erhöht werden", kritisierte ISL-Geschäftsführer Ottmar Miles-Paul gegenüber domino.

Känguruhmutter mit Kleinen im Beutel: Darf Bettina es streicheln? Foto: Privat

Abenteuer Urlaub

von Peter Mand

Blinde im Busch

Rollstuhlfahrende springen mit dem Fallschirm ab, Amputierte laufen Marathon, und jetzt machen Blinde Urlaub im australischen Busch – muß das eigentlich sein? Muß nicht, aber kann. Wichtig ist nur die genaue Kenntnis der eigenen Fähigkeiten und eine professionelle Vorbereitung.

Die 32jährige Sozialarbeiterin Bettina Link leitet die Blindenbibliothek der Stadt Köln. Warum sie berufsfremd für die Ausleihe von Literatur in Form von „Hörbüchern" (Toncassetten) und Punktschriftausgaben zuständig ist, ist nicht unser Thema. Bettina ist durchaus zufrieden mit ihrem Job, in dem sie die Kenntnisse aus ihrem erlernten Beruf auch mehr als gelegentlich einsetzen kann.

Für die Erweiterung der eigenen Erfahrungswelt gibt es den Urlaub. Und in dem tummelte sich die Kölnerin im August und September 1994 zusammen mit ihrem Freund und einem vorher unbekannten Paar, alle drei ebenfalls blind, in Begleitung eines erfahrenen australischen „Guide" mit dem grandiosen Namen Götz Graf 12 Tage im „Outback" auf der anderen Seite der Weltkugel, eben „down under".

Mobilitätsbehinderte mit ihren vielfältigen Anforderungen an angepaßte Unterkünfte mögen fragen: „Brauchen Blinde überhaupt spezifische Reiseangebote?" Sehende werden zweifeln: „Was habe ich von einem Urlaub, in dem ich nichts ansehen kann?" Auf die erste Frage gibt es eine Radio-Eriwan-Antwort: „Im Prinzip nein." Auch Bettina hat schon Spontanreisen unternommen, unter anderem eine leicht chaotische last minute nach Griechenland. Bei der Antwort auf die zweite Frage wird sie etwas schnippisch: „Wem es nur um die Optik geht, braucht nicht in Urlaub zu fahren. Da reicht ein Video." Urlaub sei viel mehr, ein Erlebnis mit allen Sinnen: Gerüche, Geräusche, Gespräche, alles, was um einen herum passiere.

Nur finden blinde Erholungssuchende in einer sehenden Touristikgruppe meist weder Zeit noch Gelegenheit, eigene Eindrücke einzusaugen. Der Terminplan ist knapp, das Volk hetzt vom Fototermin zur Pinkelpause, Anfassen im Museum ist nicht und abends gibt's dann womöglich noch den ultimativen Blindenhorror – die Disco. In dieser Dröhnland-Symphonie gibt es keine Orientierung für Menschen, die ihr Raumgefühl über tastende Bewegung mit dem Langstock erlangen, der ihnen nicht nur Berührungsreize mitteilt, sondern durch Veränderung des zurückgeworfenen Schalls, ähnlich wie das Echolot einer Fledermaus arbeitet.

„Wenn Ihr was wollt, meldet Euch."

In Australien warteten im Spätsommer '94 ganz andere Tiere auf das blinde Paar, das müde nach dem 22-Stunden-Flug aus dem Flieger kraxelte. Doch vor der Buschtour war erstmal die Großstadt Sidney angesagt. Überwältigend, wie die Aussies auf ihre Gäste zukamen. Herzliche Begrüßung im Hotel, keine Spur von Hilflosigkeit. Und später: „Wenn Ihr was wollt, meldet Euch." – „Die fragen", sagt Bettina Link, „in Deutschland denken sie für Dich". Auch wenn diese Verallgemeinerung ein wenig unfair erscheint, basiert sie auf eigenen Erfahrungen, teilweise der durchaus handfesten Art, wenn frau im Heimatland wieder einmal forsch am Oberarm gepackt wurde, um ihr ungefragt den Weg zu weisen.

Die australische Hauptstadt, spontan erkundet, bietet noch mehr positive Überraschungen. Durch Zufall stößt das Paar auf ein tourist-bureau, das, kaum zu glauben, auch noch einen tastbaren Stadtplan aus dem Ärmel schüttelt. Auf dem Weg durch die sonnigen Seiten der Straßen diskutiert Bettina mit Geologiefreak Thomas über die einzuschlagende Richtung. Gar nicht so einfach, wie es sich anhört. „Down under" heißt nicht umsonst so, liegt auf der südlichen Erdhalbkugel. Die Sonne scheint aus der entgegengesetzten Richtung, gen Norden wird es immer wärmer statt kälter.

Ein Tau um ihre Hüften

Heiß war die Fahrt mit dem Schnellboot zum Great Barrier Reef, dem riesigen Korallenriff an der Pazifikküste. Ein deutscher Kapitän hätte vermutlich

Das Volk hetzt vom Fototermin zur Pinkelpause

Auch für Sehende (fast) unsichtbar: Auf diesem Foto sind Krokodile abgebildet. Foto: Privat

Krokodil ungetarnt, aber hungrig. Foto: Elke Dorfer

Ohnmachtsanfälle erlitten bei dem bloßen Gedanken, daß seine echten blinden Passagiere im Meer schwimmen wollten. Sein australischer Kollege schlang ein Tau um ihre Hüften.

Der Höhepunkt des vierwöchigen Aufenthaltes, der im neuen Katalog von Zellmer Reisen aus dem niederrheinischen Meerbusch allerdings um eine Woche gekürzt wurde, und übrigens auch in einer Version für Rollstuhlfahrende angeboten wird, war die zwölftägige Buschtour. Sie begann mit dem Flug nach Cairns und führte unsere beiden mit den inzwischen dazugestoßenen Burkhard und Eva mitten durch die Wildnis bis in die absolute Nordspitze des Landes.

Wer Australien nur durch die Fernsehserie mit dem übrigens real existierenden fliegenden „doctor service" kennt, muß sich von liebgewordenen Vorurteilen verabschieden. „Wir haben kein einziges Schaf getroffen", stellt Bettina klar, denn die tummeln sich in Gegenden mit saftigeren Weiden. Dafür sorgte Guide Götz für eine Begegnung der besonderen Art, als er seinen Gästen bei eigens dafür eingelegtem Halt eine Würgeschlange durchs Jeepfenster reichte und durch ihre Hände gleiten ließ. Wie sie sich anfühlte? „Trocken, ledrig."

Beim nächtlichen Camp wurden die vier gelegentlich dazu ermahnt, beim Gang auf die Toilette Vorsicht walten zu lassen. Die ortsansässigen Krokodile, die durch Tarnung selbst tagsüber auch für Sehende oft bis zum letzten Moment unsichtbar sein könnten, hätten vielleicht Hunger auf einen exotischen Bissen.

Da waren die Känguruhs im Streichelzoo doch von anderem Kaliber. Vor allem das Muttertier, das Bettina nach langem Zureden tatsächlich erlaubte, das Kleine in ihrem Beutel zu streicheln. Überhaupt, die Tiere: Ein Schmetterling ist wie ein Hauch auf einem Unterarm, die Raupen spürt man kriechen. Die süßen Koalas mit ihrem erlesenen Appetit auf nur wenige Sorten Eukalyptus sind richtige Schmusebären, obwohl sie zoologisch gesehen eben keine sind. Nur Vorsicht beim Knuddeln, sie kötteln ohne Unterlaß!

Auch das ist Australien: Sumpflandschaft. *Foto: Elke Dorfer*

Damit sie daheim auch von ihren Eindrücken künden können, haben die vier blinden deutschen Reisenden eine Ladeninhaberin verwirrt, indem sie eine Kamera kauften. Interessanterweise unterscheiden sich die mitgebrachten Bilder in Ausschnitt und technischer Qualität nicht wesentlich von den üblichen Urlaubsfotos.

Von dem denkwürdigen Tag, als drei blinde Reisende mitten im australischen Busch mit einem Gummiseil an den Füßen von einem 44 Meter hohen Holzturm sprangen, um der eigenartigen Sportart bungee jumping zu frönen, gibt es leider keine Bilderzeugen. Doch scheint die Geschichte durchaus glaubhaft, schließlich ist im Land eines crocodile dundee so ziemlich alles möglich.

Felsenfest steht Bettina Links Entschluß, noch in diesem Sommer wieder nach „down under" zu reisen, um Rinderherden über die Straßen trappeln zu hören, sich am Cook-Hügel die Seeluft um die Nase wehen zu lassen oder auch nur die Freiheit zu genießen, in freier Natur ein Feuer machen zu dürfen, um dort „Billy", den Wasserkessel, zu erhitzen oder einen Kuchen in der heißen Asche zu backen.

Bettina Link, die Abenteurerin. *Foto: Peter Mand*

Zellmer Reisen
Am Anker 2
D-40668 Meerbusch
Tel.: ++49 (0) 2150 1861
Fax. ++49 (0) 2150 5463

Bewährungschancen für eine neue Währung

Der Euro

von Petra Flieger

Rechtzeitig vor der Einführung der neuen gesamteuropäischen Währung, dem Euro, hat die Europäische Blindenunion, die die Interessen blinder und sehbehinderter Menschen in Europa vertritt, eine Expertengruppe eingesetzt, um Richtlinien für die blindengerechte Gestaltung des zukünftigen Zahlungsmittels zu erarbeiten.

Die Bedeutung dieser Maßnahme kann nicht überbewertet werden, denn „wir stehen vor der Wahl zwischen Abhängigkeit und Unabhängigkeit von Millionen von behinderten Menschen in der Union," so Stephen King, Vorsitzender des nationalen Instituts für Blinde in Großbritannien.

Diese Richtlinien wurden Anfang Dezember in Brüssel der Öffentlichkeit vorgestellt und haben zum Ziel,

„Wir stehen vor der Wahl zwischen Abhängigkeit und Unabhängigkeit von Millionen behinderter Menschen in der Union".

Stephen King

die neuen Münzen und Banknoten sowohl für blinde als auch für sehbehinderte Personen voll zugänglich zu machen. Es liegt auf der Hand, daß derart gestaltetes Geld sowohl für andere Gruppen gehinderter Personen (z. B.: Menschen mit geistiger Behinderung, ältere Personen) als auch für alle anderen BenutzerInnen vorteilhafter weil einfacher und sicherer in der Verwendung ist. „Gutes Design für blinde und sehbehinderte Menschen ist gutes Design für alle," so Barbara Schmidbauer, Mitglied des Europäischen Parlaments.

Grundsätzlich wird empfohlen, Münzen und Geldscheine durch Sehen, Tasten und Fühlen auf möglichst vielfältige, aber mindestens zwei Weisen unterscheidbar zu machen. Es soll nach dem Prinzip vorgegangen werden, daß Münzen oder Scheine geringeren Wertes kleiner sind als Münzen und Scheine höheren Wertes. Sowohl für Münzen als auch für Noten ist es günstiger, wenn nur jeweils eine Variante für einen Wert existiert, und die Anzahl unterschiedlicher Münzen und Noten insgesamt möglichst gering gehalten wird.

Gestaltung von Münzen

Deutlich unterschiedliche Formen sind gut zu ertasten, jedoch sollten Münzen nicht zu klein entworfen sein, um z. B. ältere Menschen, deren Tastsinn nachläßt, nicht zu benachteiligen. Zunehmende Größe, Gewicht und Dicke sollen dem steigenden Wert einer Münzserie entsprechen. Die Wertbezeichung soll durch eine konvexe, einfache Ziffer mit stark ausgeprägten Kanten auf die Münze geprägt sein, eine geriffelte Gestaltung des Münzrandes hat sich in Dänemark bereits als sehr erfolgreich erwiesen. Auch bei Münzen soll versucht werden, in der Farbgebung eine breite Auswahl zu treffen, so kann Personen mit Sehrest oder Menschen mit geistiger Behinderung die Erkennung sehr erleichtert werden.

Foto: Andreas Lechner

„Gutes Design für sehbehinderte und blinde Menschen ist gutes Design für alle". Barbara Schmidbauer, Mitglied des Europaparlaments.

Gestaltung von Banknoten

Geldscheine sollen die Wertbezeichnung in Fettdruck auf Vorder- und Rückseite tragen, Ziffern und Buchstaben sollten einfache Formen ohne Schleifen und Schnörkel haben. Durch unterschiedliche, kräftige Farben werden Banknoten für alle Menschen leichter unterscheidbar. Für stark sehbehinderte und blinde Personen, die Geldscheine nur anhand der Größe bestimmen können, sollen einfache Schablonen gestaltet und den Betroffenen kostenlos zu Verfügung gestellt werden.

Ein Bericht „Gestaltung von Zahlungsmitteln für Blinde und Sehbehinderte" kann in verschiedenen Formaten bestellt werden bei

EBU/ECU Experten-Arbeitsgruppe
Sekretariat
Sally Kneeshaw/
Barbara McLaughlan
c/o Royal Institute for the Blind
224 Great Portland Street
London WIN 6AA
Tel.: ++44 171 388 1266
Fax.: ++44 171 388 2706
e-mail: skneeshaw@rnib.org.uk

Was bringt Europa behinderten Studierenden?

Dem europäischen Gerichtshof sei Dank! Nachdem er Ende 1995 mit dem sogenannten „Bosman-Urteil" festgestellt hat, daß auch mehr als drei EU-Ausländer in einer Fußballmannschaft spielen dürfen, ist das Thema „Freie Wahl des Arbeitsplatzes innerhalb der EU" in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit gerückt. Bedeutet das nun auch, daß behinderte Studierende ihr Grundstudium in Athen absolvieren, ihr Praktikum in Glasgow, dann einige Semester in Wien bleiben, bevor sie ihre Prüfung in Marseille machen?

von H. Günter Heiden

Eine eindeutige Antwort darauf brachte auch die Veranstaltung des Berliner Studentenwerks nicht: „Es gibt keine gesicherte Rechtsstellung für behinderte Studierende", bemängelte die Referentin Bettina Theben. Das soziale Europa sei noch kaum entwickelt, nur wenige Passagen im Maastricht-Vertrag bezogen sich auf soziale Fragen und behinderte Menschen seien bisher auch nicht vorgesehen (domino berichtete). Außerdem beziehe sich das „Bosman-Urteil" auf ArbeitnehmerInnen, dazu zählten leider nicht studierende Menschen. „Behinderte Studenten gehen auf eigene Rechnung zum Studium in ein anderes EU-Land. Es gibt auch in fortschrittlichen Ländern keinen Rechtsanspruch zur sozialen Sicherung. Man muß sich für jedes Land, für jede einzelne Uni selbst kundig machen."

Kritik übte die Referentin außerdem am Artikel 34 des neuen deutschen Pflegeversicherungsgesetzes, das den „Export" der Leistungen ins Ausland, von einem Urlaub einmal abgesehen, untersagt. „Ich halte dies für verfassungswidrig", so Theben, „bei der Altersrente, die ja ebenfalls eine Versicherungsleistung ist, ist dies durchaus möglich." So werden behinderte Studenten also in die Illegalität gedrängt, wenn sie in Deutschland Pflegegeld beziehen und in England studieren wollen – die Leistung ruht, der Assistenzbedarf jedoch bleibt.

Behinderte Menschen, die im EU-Ausland studieren wollen, müssen also vielfache Hürden überwinden:

- Wie finanzieren sie nötige Assistenz? Gibt es Hochschulen, die Wohnheime mit Assistenz anbieten?
- Gibt es Hochschulen, die Vorlesekräfte anbieten, welche Hilfsmittel bieten Bibliotheken für blinde NutzerInnen, gibt es GebärdendolmetscherInnen in den Vorlesungen?
- Wie ist der Baubestand in bezug auf Stufen, Treppen, Aufzüge, Rolli-WC's?
- Gibt es zentrale oder regionale Beratungsstellen über das Studium im EU-Ausland?

Von offizieller EU-Seite gibt es zwar ein ERASMUS-Programm zum StudentInnenaustausch, wobei auch Semester im Ausland anerkannt werden, doch, so die Referentin, „irgendein Mehrbedarf für behinderte Studierende ist nicht vorgesehen." Positive Ausnahme: In Berlin gibt es die Kniese-Stiftung, die blinden StudentInnen Mehrbedarf finanziert. Ein Zusatztopf a la HANDI-ERASMUS könnte aber allen weiterhelfen.

Zur Frage der Beratung wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß es sehr viele Hochschulpartnerschaften gebe. Was spräche dagegen, wenn man bei Gastprofessuren die Situation für behinderte Studierende an der Gasthochschule ermittelte, und dann daraus eine Datenbank machte?

Trotz all dieser Schwierigkeiten, so die Referentin, sei ein Studium im Ausland lohnend. Nicht nur, weil dadurch die Berufsperspektive verbessert wird. Sie selbst habe bei einem Aufenthalt in England einen viel selbstverständlicheren Umgang mit Behinderung angetroffen als in Deutschland – eine interkulturelle Erfahrung, die sie nicht missen wolle.

Um den Gedankenaustausch und die gemachten Erfahrungen europaweit zu vertiefen, findet vom 19. bis 21. April 1996 eine Tagung zu diesem Thema in Berlin statt. Info bei: Beratungsstelle für behinderte Studierende, Hardenbergstraße 34, D-10623 Berlin, Tel.: ++49 / (0)30 /311 23 11.

Buchtip:

„Studienbedingungen und Studienverhalten von Behinderten", Dokumentation der internationalen Fachtagung 1995 in Tutzing. Herausgeber: Bayrisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, D-80538 München, Prinzregentenstraße 24, Tel.: ++49 / (0)89 / 21234 - 405, Fax: ++49 / (0)89 / 21234 - 450

Biene, Biene, Honigbiene

Ana – eine steile Karriere – Integration aus Kindersicht

„Ana mag so gerne Bienen. Sie macht „sssssss" und sticht, nein, kitzelt alle mit dem Zeigefinger. Manchmal schwirrt sie summend wie eine Biene in der Klasse herum," erzählt Lukas. Anas KollegInnen wissen ihre Vorliebe gut einzusetzen. Flora berichtet: „Auf der Schullandwoche ist sie immer um 6 Uhr aufgestanden und hat gesagt: ‚Gehen wir frühstücken!' Es war aber viel zu zeitig, und wir wollten noch schlafen. Da haben wir gesagt: ‚Die Bienen schlafen auch noch'. Dann hat sich Ana wieder niedergelegt."

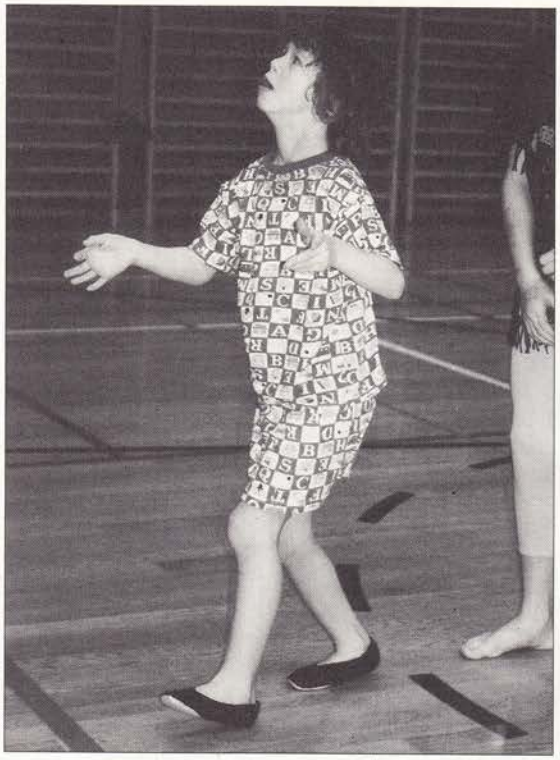
Ana im Gespräch.

Text & Fotos von Petra Flieger

Ana ist ein Kind mit, wie Fachleute sagen, schwerer geistiger Behinderung und ein „klassischer Fall" für die Sonderschule, wo sie auch ihr erstes Schuljahr verbracht hat. Von dort übersiedelte sie 1992 als „Integrationskind" in eine öffentliche Volksschule, wo sie gemeinsam mit drei behinderten und 16 nichtbehinderten Kindern sowie zwei LehrerInnen einen zweiten Schulbeginn startete.

Dieser gestaltete sich für Ana nicht einfach, denn „sie wollte nie in der Klasse bleiben und ist immer davongelaufen," erinnern sich die nun Zehnjährigen. Vor drei Jahren konnte Ana praktisch überhaupt noch nicht sprechen, außer „Mama" und „o.k." war von ihren Lautäußerungen nichts verständlich. In Gesprächen mit den Kindern wird Anas beeindruckende Sprachentwicklung deutlich:

„Früher hat sie nicht reden können, oder wir haben sie vielleicht auch nicht so gut verstanden", meint Nina Sophie, „sie hat oft geweint und etwas Weiches gebraucht, um sich zu trösten". Manuela ergänzt: „Sie hat immer nur Puzzles gemacht oder ist in der Klasse herumgerannt." Aber: „Jetzt spricht sie perfekt, und man kann sich sehr gut mit ihr unterhalten", findet Flora. Ana erzählt von verschiedenen Fernsehprogrammen, diskutiert über Sportartikel und träumt davon, daß sie ins Disneyland nach Paris fahren wird.



Nach dem Abwurf: Ana, die begeisterte Basketballspielerin.

Zu dessen Figuren hat Ana eine besondere Beziehung, denn in der zweiten Klasse, als sie lernte, auf ihrem Sitzplatz in der Klasse zu arbeiten und mit Schreibgeräten umzugehen, malte sie am liebsten Figuren von Walt Disney an. „Früher hat Ana Micky Mäuse und Plutos angemalt, wenn wir geschrieben haben. Aber jetzt lernt sie Buchstaben. A, M, O, I, P und T kann sie schon ganz alleine schön schreiben. Auch

„Früher hat sie nicht reden können, oder wir haben sie vielleicht auch nicht so gut verstanden."

zählen kann sie schon bis fünf," weiß Patrick. Martin erinnert sich, „daß Ana gespielt hat, wenn wir geschrieben haben". Ob ihn das gestört hat? „Nicht besonders. Aber jetzt arbeitet sie, wenn alle arbeiten, und macht Pause, wenn alle Pause haben."

Danach gefragt, was ihnen einfällt, wenn sie an Ana denken, antworten die meisten spontan: „Ana ist so freundlich und höflich. In der Früh grüßt sie alle und fragt: ‚Geht gut?' Das Grüßen haben wir von ihr gelernt." Außerdem schätzen alle Kinder Anas Humor. „Ana verkleidet sich gerne. Dann unterhält sie uns alle," erzählt Lili.

Wird es ein Korb?

Ana hat einen äußerst eisernen Willen. Manchmal, früher viel öfter als heute, wenn sie etwas nicht tun will, was von ihr verlangt wird, „stampft sie mit dem Fuß auf und brüllt und schleudert Sachen durch die Gegend", schildert Lukas. Was er sich dann denkt? „Naja, sie wird schon ihren Grund haben." Manchmal wird es als störend empfunden, wenn Ana während einer ruhigen Arbeitsphase laut ist, „aber Ana ist viel braver geworden, und hie und da kann man den Lärm schon aushalten," meint Nina.

Ana ist eine begeisterte Turnerin, der es nun auch im Turnunterricht gelingt, in ihrer Riege zu bleiben und die Übungen zu versuchen, die alle machen. Für ihre MitschülerInnen ist es selbstversändlich, ihr dabei Hilfestellungen zu geben. Clemens erinnert sich: „Weil Ana immer vom Baskettballspielen

„Das Grüßen in der Früh haben wir von Ana gelernt."

gesprochen hat, haben wir in der Schule damit begonnen. Sie schießt die meisten Körbe." Allerdings ist es manchmal für alle, LehrerInnen und Kinder, sehr nervend, wenn Ana einen ganzen Vormittag lang fragt, ob die Klasse turnen gehen wird.

Alle sind sich einig, daß Ana in der Volksschule viel gelernt hat. Keiner hätte sich gedacht, daß sie einmal schreiben und rechnen wird. Ab kommenden September wird Ana mit einem Teil ihrer jetzigen KollegInnen ihre Schullaufbahn in einer Integrationsklasse an einem Wiener Gymnasium fortsetzen.

Integratives Lernen, eine ganz „normale" Sache.

Menschenwürde in Gefahr

Foto: John P. Reinertsen/Samfoto

Bioethik contra Menschenrechte

Es war sicher kein Zufall, daß diese Tagung in Hannover am 26./27. Januar stattfand. Schließlich wurde in Deutschland zum ersten Mal der 27. 1. als nationaler Holocaust-Gedenktag begangen. Der systematischen Vernichtung von Juden, „Zigeunern", „Andersartigen", „Minderwertigen", Behinderten sollte an diesem Tag gedacht werden.

Entwurf des Europarats erfordert Gemeinsamkeit der Europäischen Behindertenbewegung

Ein Dossier von H.-Günter Heiden

Der niedersächsische Behindertenbeauftragte Karl Finke und die Volkshochschule Hannover taten dies dann gemeinsam auf ihre Weise: Sie erinnerten an die Bedrohung behinderten Lebens durch die neue Bioethik des Europarates bzw. der UNESCO (domino berichtete). Ungewohnt und überraschend auf dieser Tagung: Die weitgehende Übereinstimmung von Regierungsvertretern und Mitgliedern der Behindertenbewegung in ihrer gemeinsamen Ablehnung inhaltlicher Positionen. Strittig war eher, ob man diese Konvention in einer stark verbesserten Fassung akzeptieren könne oder ob sie generell abzulehnen sei.

H.-Günter Heiden. Foto: Archiv

Ministerialrat Günter Belchaus, Leiter der deutschen Delegation im – für die Bioethik-Konvention zuständigen – Lenkungsausschuß des Europarates erläuterte zu Beginn den aktuellen Stand der Arbeiten und die Entstehungsgeschichte. Hintergrund des Auftrages an den Lenkungsausschuß sei der rasche Fortschritt von Medizin und Technologie gewesen, der große Heilungschancen, aber auch große Gefahren in sich berge. Der Europarat wollte deshalb – ausgehend von seiner Menschenrechtskonvention – allgemein verbindliche Standards formuliert haben, die auf der einen Seite die Menschenwürde und auf der anderen Seite die Forschungsfreiheit sichern können. Aus diesem Grunde bevorzuge er, Belchaus, auch den Langtitel des Entwurfs: „Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin". Wichtig sei ihm auch, daß mit diesen Standards die neuen osteuropäischen Länder des Europarates wichtige Normen erhalten könnten.

Generell gegen eine neue Konvention wandte sich der Hamburger Psychotherapeut Michael Wunder in seinem Referat: „Ich habe in dieser Debatte Angst und Wut, als alter Mensch, als Unfallopfer, als behinderter Mensch. Zuerst wurde das Lebensrecht behinderter Menschen in den letzten Jahren durch die mögliche Verabreichung von Zyankali bedroht, dann kamen Singer und Kuhse, als nächstes ging es um die Abschaltung der Apparate bei Wachkoma-Patienten und nun stehen die Bioethik-Konventionen von Europarat und UNESCO ins Haus. Humane und alternative Strategien, wie z. B. die Hospiz-Bewegung werden dadurch gesellschaftlich in die Defensive gedrängt."

Wunder vertrat weiter die Ansicht, daß die Grundannahmen der Bioethik-Konvention nicht mit den Menschenrechten vereinbar seien. Gegen die sogenannte „sanctity of life" (Heiligkeit des Lebens) nach christlich-jüdisch-humanistischem Verständnis werde von seiten der Bioethiker eine „quality of life" (Qualität des

Lebens) gesetzt. Danach würden Menschen erst nach der Erfüllung bestimmter Kriterien wie Selbstbewußtsein, Selbstkontrolle, Gedächtnis sowie Kommunikationsfähigkeit zur Person. Vorher seien sie ohne Würde und ohne Rechte. „Wenn der Lenkungsausschuß die bekannten Argumente der Kritiker ernst nähme, dann wäre es ja gerade keine Bioethik-Konvention mehr, sondern eine Menschenrechtserklärung. Im geplanten Zustand werde der Text aber zu einer „Ethik der Apartheid", die die Durchsetzung biomedizinischer Forschungsinteressen möglich mache. „Sinnvoller", so Wunder, „ist es vielmehr, sich auf den ‚Kodex von Nürnberg' zu stützen, der aus dem Nürnberger Ärzteprozeß 1946/47 entstanden ist." In diesem, von internationalen Experten entworfenen Text stehe der Mensch mit seinen Grundrechten – speziell auf dem Hintergrund der verbrecherischen Nazimedizin – im Mittelpunkt. Dieser Kodex wird von der Helsinkier Erklärung des Weltärztebundes Ende der 60er Jahre ergänzt. „Der einzige Zweck dieser jetzt diskutierten Version der Bioethik-Konvention ist, die allgemeingültigen Menschenrechtsstandards auszuhebeln", so die Analyse des Psychotherapeuten.

Worum geht es nun genau in der Bioethik-Konvention? Drei Hauptkritikpunkte zogen sich durch die Diskussion:

1) Die vorgesehene fremdnützige Forschung an nichteinwilligungsfähigen Personen.

Dieser Artikel ermöglicht z.B. die zwangsweise Behandlung von Psychiatriepatienten. Er könnte in der Praxis auch dazu führen, daß an Alzheimer-Patienten gegen ihren Willen Medikamente erprobt werden, da die neuen Erkenntnisse zu einem späteren Zeitpunkt anderen Demenz-Patienten nützlich sein könnten. Statt Tierversuche also nun Menschenversuche, da nichteinwilligungsfähigen Menschen wohl „billiger und leichter zugänglich" seien, wie es eine Teilnehmerin vermutete.

2) Die vorgesehene Forschung an im Reagenzglas („in-vitro") gezüchteten Embryonen bis zum 14. Lebenstag bzw. auch darüber hinaus.

Dies macht es möglich, noch voll entwicklungsfähige Embryonenzellen auf genetische Defekte (z. B. auf Down Syndrom) zu untersuchen. „Die schlechten ins Töpfchen, die guten in die Gebärmutter" wird es dann in Abwandlung eines alten Märchens heißen. In Deutschland ist dies übrigens nach dem geltenden Embryonenschutzgesetz nicht direkt verboten. Die Züchtung von Menschen „a la carte", die Trennung nach „wünschenswertem" und „nichtwünschenswertem Leben" wird so möglich, der Druck auf Eltern wächst, sich nur noch „gesunde" Kinder zuzulegen.

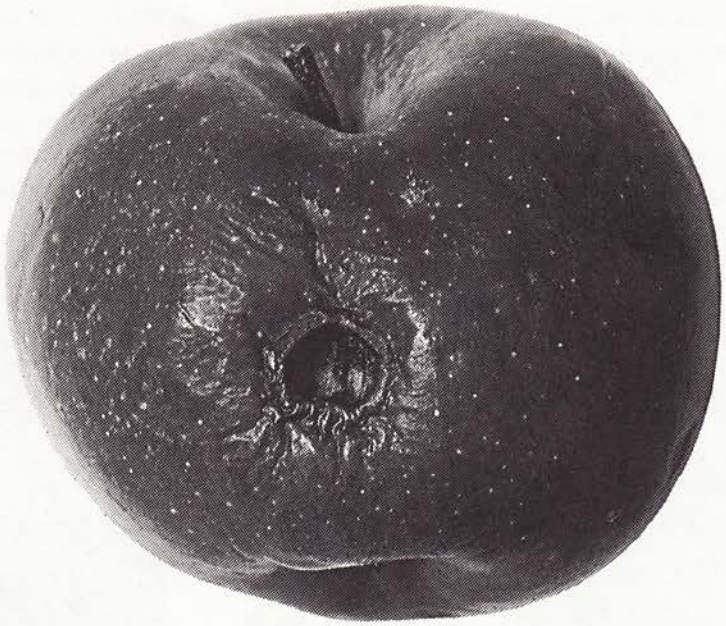
3) Die vorgesehene Weitergabe von Gentest-Ergebnissen an Dritte bei „übergeordnetem Interesse".

Was passiert, wenn in einem frühzeitigen

Der Text der „Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin" sowie der UNESCO-Entwurf liegen in der domino-Redaktion auf und können auch dort bestellt werden.

Stadium die im Erwachsenenalter zum Tode führende Krankheit Chorea Huntington („Veitstanz") festgestellt wird? Unabhängig von der persönlichen Dimension, wie mit einem solchen Wissen umgegangen werden kann, wird keine Versicherungsgesellschaft der Welt dieses „Risiko" versichern. Was passiert mit Arbeitnehmern, die gentechnisch „gescreent" werden und bei denen Dispositionen zu bestimmten Krankheiten festgestellt werden? Anhand dieser genetischen Daten wird dann wohl gnadenlos ausgesiebt. Gentest-Datenbanken werden jede mögliche Selektion möglich machen. Was ist eigentlich ein „übergeordnetes Interesse"? Ferner sieht der Entwurf vor, daß die Eingriffe in die Keimbahn (Geschlechtszellen) und die Entnahme von Körperteilen zur Erzielung eines finanziellen Gewinns verboten sind, die Verbote wurden jedoch sehr schwach formuliert.

Da steckt der Wurm drin.



Wenn sich der Wurm ausgerechnet Ihren Apfel als Domizil gewählt hat, ist das kein Grund zur Panik.Sie müssen ihn ja nicht essen. Küchen- und Gartenabfälle kann man kompostieren. Gesammelt werden die kompostierbaren Abfälle über die Linzer Bio-Tonne. Seit 1994 flächendeckend in ganz Linz.

Damit die Umwelt sich nicht wurmt!

Anfragen unter dem Linzer Abfalltelefon (0732) 2130

LINZ Eine Stadt lebt auf

Sanktionen bei Verstößen gegen Verbote sind kaum vorgesehen, und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist nicht automatisch zuständig. Auffällig ist auch die Formulierung, die sich durch die Konvention zieht. So ist in den Überschriften zu den jeweiligen Artikeln immer vollmundig von „Schutz" die Rede, in den Textpassagen selbst, werden aber die Ausnahmen von diesem Schutz geregelt. „Und solange keine Einigung darüber besteht, was unter dem Begriff ‚human-being' zu verstehen ist, solange der Begriff ‚Mensch' nicht an das ‚Person-sein' gekoppelt ist, solange ist eine solche Konvention nicht akzeptabel", resümierte eine andere Teilnehmerin der Tagung.

Auf Unverständnis stieß auch die Art und Weise der Erstellung der Konvention: Mediziner, Theologen, Philosophen und Ministerialbürokraten im Lenkungsausschuß stellten unter weitgehender Geheimhaltung ein Papier zusammen, das nur auf öffentlichen Druck hin aus der Geheimhaltung herausgenommen wird. Ernsthafte Einwände der Parlamentarischen Versammlung werden ignoriert, so daß man den Eindruck gewinnen könne, der Lenkungsausschuß werde in seiner Mehrheit kräftig von der Medizin-Pharma-Lobby „geschmiert". Freie und ungehinderte Forschung, uneingeschränkter Zugriff auf das „Material" und freier Datenverkehr werden über die Menschenwürde gestellt. Auf der anderen Seite verwunderte jedoch, daß Bereiche wie „Hirnforschung / Hirntod" und „Patentierbarkeit von Genen", die eigentlich auch zum weiten Gebiet der Biotechnik gehören, nicht im Textentwurf der Konvention auftauchen.

„Cui bono – wem nützt es?"

pflegten die alten Römer zu fragen, wenn sie vor der Beurteilung eines kniffligen Problems standen. Und diese Fragestellung hilft auch in unserem Falle, wenn wir uns einmal fragen, wer um alles in der Welt ein Interesse daran hat, eine neue Ethik-Konvention unter Zeitdruck und unter fast völligem Ausschluß der Öffentlichkeit zu installieren. Die Antwort heißt „Kosten-Nutzen-Denken", aufgefächert nach zwei Seiten: Die eine Seite findet sich im Wirtschaftsteil der Tageszeitungen in Zeiten wirtschaftlichen Umbaus: „Biotechnik als neue Wachstumssparte", „Gene als neuer Rohstoff" lauten die Schlagzeilen. Der Berliner Pharmakonzern Schering erwartet durch das gentechnisch hergestellte Medikament „betaferon" für Multiple Sklerose-Betroffene deutliche Umsatzsprünge. Die amerikanische Firma CytoTherapeutics will mit Gentherapie bei Amyothropher Lateralsklerose (ALS)-Kranken ins Geschäft kommen und in Kalifornien rivalisieren zwei Firmen bei der Alterskrankheit „Werner-Syndrom" im Wettlauf um das meiste Geld, das aus der Anwendung der Gentechnik zu machen ist. Behinderte Menschen also als Renditeobjekt der Pharmaindustrie oder demnächst als geplante billige Versuchskaninchen der Forschungslabors.

Die andere Seite erschließt sich aus der Sparte der sozialpolitischen Meldungen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen: In China wurde 1994 ein Eugenik-Gesetz verabschiedet: Föten als Träger von Erbkrankheit oder die „ernstlich unnormal" sind, sollen abgetrieben werden. Rund 10 Millionen Behinderte hätten „verhindert" werden können, wie die chinesische Nachrichtenagentur schrieb. In den USA wird die „genetische Minderwertigkeit" von Afroamerikanern wieder neu entdeckt, in Hannover versuchte eine Krankenkasse einen Frauenarzt auf Schadensersatz zu verklagen. Begründung: Die schwere Behinderung des Ungeborenen sei zu spät festgestellt worden, dadurch habe keine Abtreibung mehr stattfinden können und lebenslange Kosten für die Kasse seien die Folgen gewesen. In diesem Fall hat die Kasse jetzt die Klage zurückgezogen. Doch die Botschaft heißt: Behinderte sind ein Kostenfaktor und deshalb zu vermeiden.

Europaweiter Protest erforderlich

Daß manche Behörden dazu auch schon die passenden Begriffe bereit haben, beweist, hier noch in einem anderem Zusammenhang, die Ausweisung eines türkischen Mannes Ende Januar 1996 aus Berlin, die vom Landeseinwohneramt mit „Sozialhygiene" begründet wurde. Nicht anders formulierten die Nazis, die ihre Menschenvernichtung als notwendige „sozialhygienische Maßnahmen" bezeichneten. Es würde wohl kaum wundern, wenn man demnächst auch die

Lili, der Hase mit der blauen Nase.

Für Leute ab 6 Jahren. Ein Puppenspiel zum Thema Anderssein mit viel Musik.

Tel.: 07274 / 81 10

Landertinger Puppenbühne

Verhinderung behinderter Menschen wieder unter sozialhygienischen Prämissen durchzusetzen versucht.

Die Bioethik-Konvention jedenfalls bereitet den Weg dorthin vor. Kein Wunder also, daß die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt in einer Presseerklärung gefordert hat, die Arbeit an der Bioethik-Konvention einzustellen. „Die Konvention ist unnötig".

Doch nicht nur die gewählten oder delegierten Abgeordneten müssen sich gegen diese Konvention wenden. Wichtig ist auch die gemeinsame und öffentlichkeitswirksame Sprache der europäischen Behindertenbewegung. Die deutschen und österreichischen Aktiven allein sind zu schwach. „Was wollt ihr denn", bekommen sie zu hören, „in anderen Ländern haben die Behinderten doch auch nichts dagegen! Laßt uns also endlich mit eurem Nazi-Quatsch in Ruhe!" Wollen sich behinderte Menschen in Europa wirklich so auseinanderdividieren lassen?

Europarat - was ist das?

von H. Günter Heiden

Der Europarat (ER) hat nichts mit dem Europaparlament (EP) oder der Europäischen Union (EU) zu tun. Er hat sich am 5. Mai 1949 in London gegründet. So ist der 5. Mai Europatag und aus diesem Grund auch der europaweite Aktionstag der Behindertenorganisationen. Damals waren es nur 10 Staaten, die eine allgemeine Zusammenarbeit zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts beschlossen. Heute sind es 39 Staaten, am 25. 1. 96 wurde Rußland als 39. Mitglied aufgenommen, in denen ca. 750 Millionen BürgerInnen leben.

Die Organe des Europarates sind das Ministerkomitee (Regierungsvertreter der Mitgliedsstaaten) und die Parlamentarische Versammlung (PV), die insgesamt 281 Abgeordnete aus den Parlamenten der Mitgliedsstaaten umfaßt. Je nach Größe des Mitgliedsstaates können 2 bis 18 Abgeordnete entsandt werden. Das Ministerkomitee entscheidet als oberstes Organ über Anträge und Empfehlungen der PV, die viermal im Jahr tagt. Der Sitz des Europarates ist in Straßburg. Als amtierende Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung, übrigens die erste Frau auf diesem Posten, wurde am 22. 1. 96 die deutsche CDU-Abgeordnete Leni Fischer gewählt.

Im Gegensatz zu Verordnungen der EU arbeiten die Staaten nur locker zusammen, der Europarat spricht lediglich Empfehlungen an seine Mitglieder aus. Nur die Grundprinzipien wie die Menschenrechtskonvention von 1950 und die Konvention gegen die Folter sind - quasi als Aufnahmebedingung - für alle obligatorisch. Der 1959 gegründete Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (je ein Richter aus jedem Mitgliedsstaat) in Straßburg entscheidet über die Anwendung der Menschenrechtskonvention.

Die vielen anderen Konventionen des Europarates sind jedoch nicht von allen Mitgliedsstaaten unterzeichnet worden. Die jüngste Konvention des ER ist die über die Rechte von Kindern. Am 25. 1. 96 haben sieben Mitgliedsländer diese Konvention unterzeichnet, die damit generell in Kraft gesetzt wurde (mindestens fünf Staaten müssen dafür unterzeichnen). Jede Konvention gilt aber nur für die Länder, die sie unterzeichnet haben, auch ein Rücktritt von dieser Ratifizierung ist möglich. Mit Protokollen läßt sich eine Konvention ergänzen bzw. aktualisieren.

1961 hat der Europarat eine Sozialcharta verabschiedet, die in Artikel 15 auch auf die Rechte behinderte Menschen eingeht. 1991 hat sich in Paris erstmals eine Ministerkonferenz des ER ausschließlich mit Fragen der europäischen Behindertenpolitik beschäftigt.

Adresse: Europarat, Palais de l'Europe, F-67075 Strasbourg Cedex (France),
Tel.: ++33/8841-2000

Die Geschichte der Bio-Ethik-Konvention

Seit 1983 hat der Europarat einen Sachverständigenausschuß (CAHBT), der ethische Richtlinien für die biomedizinische Forschung entwickeln soll, 1992 wurde er in „Lenkungsausschuß für Bioethik" (CDBI) umbenannt. In ihm sitzen 53 Vertreter der Mitgliedsstaaten sowie 15 Beobachter, vorwiegend ExpertInnen aus den Gesundheits- und Justizministerien.

Bereits 1987 erteilte die Parlamentarische Versammlung (PV) den Auftrag für eine Bioethik-Konvention. Der CDBI erarbeitete dann einen Text, der im Juli 1994 als „Entwurf einer Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin, Bioethik-Konvention und erläuternder Bericht" vom Europarat veröffentlicht wurde. Kernpunkt der Kritik in Deutschland und Österreich war der Artikel 6, der die fremdnützige Forschung (Forschung, die den Betroffenen selbst nicht zugute kommt) an nichteinwilligungsfähigen Menschen vorsieht. Die Konvention wurde sowohl von der Regierung als auch von der Opposition sowie von den Behindertenverbänden abgelehnt. So wurde die ursprünglich geplante Beschlußfassung im Oktober 1994 von der PV abgelehnt und bis Januar 1995 vertagt. Auf der Sitzung am 2. Februar 1995 stimmte die PV einigen, in der Zwischenzeit überarbeiten Passagen zu, verlangte jedoch weitere Änderungen, unter anderem auch die Abschaffung der fremdnützigen Forschung an Nichteinwilligungsfähigen.

Am 13. September 1995 veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau", die den neuen und geheimen Entwurf der Konvention. Darin zeigte sich, daß der Lenkungsausschuß die weiteren Änderungsvorschläge der PV ignoriert hatte. Nur Deutschland und Österreich setzten sich im CDBI gegen die Forschung an Nichteinwilligungsfähigen ein.

Im November 1995 wurde der Konventionstext abermals überarbeitet. Nach Presseberichten beharrt der Lenkungsausschuß darin auf seiner harten Linie. Es ist vorgesehen, daß das Ministerkomitee, das an das Votum der PV nicht gebunden ist, eine endgültige Fassung im Frühjahr 1996 beschließen soll. Notwendig für einen solchen Beschluß ist eine 2/3-Mehrheit. Für Deutschland und Österreich ist das jeweilige Justizministerium zuständig.

Während die Europäer noch an ihrem Papier basteln, bereitet die UNESCO (Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen) ebenfalls eine Bioethik-Konvention vor, die 1997/98 weltweit in Kraft treten soll und in ihren Kernaussagen noch hinter die europäische Konvention zurückfällt.

Oberösterreichische Landesausstellung 1996

Anton Bruckner/Stift St. Florian
Künstlerschicksale/Schloß Mondsee

25. April – 27. Oktober 1996

Schablonen vieler Art bestimmen unser Bild vom Künstlertum und verstellen uns oftmals den Blick auf den Menschen, der dahintersteht. Die OÖ. Landesausstellung in den beiden Ausstellungsorten Schloß Mondsee und Stift St. Florian versucht anhand von Beispielen die Person des Künstlers darzustellen und auf innere und äußere Einflüsse, wie Wendepunkte in seinem Leben, Selbstdarstellung und Selbstkritik einzugehen.

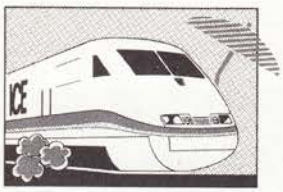
Raiffeisen. Die Bank

Oberösterreichische
Unsere Versicherung hält

Europa der Flaschen

von Peter Mand

„Flasche nicht angenommen" schreibt der Automat auf das grüne Display. Das wundert mich, denn nach meiner Erfahrung haben Flaschen oft Erfolg, machen gar Karriere. Aber schließlich handelt es sich nicht um die Bewerbung für das Management eines führenden deutschen Unternehmens, sondern um 30 Pfennige Pfand, die ich gerne hätte von dem seelenlosen, aber bis zur Überfüllung ansonsten zuverlässig funktionierenden Pfandflaschenautomaten in einem der beiden Supermärkte meines nordbadischen Wohnortes.



Wie es dazu kommen konnte? Die Flasche, leer und grün, stammt aus Österreich. Ein Kollege hat sie mir freundlicherweise überlassen, damit ich bei der Heimfahrt mit dem Auto über winterliche Straßen wenigstens nicht verdurste. Warum ich so blöd bin, bei diesem Wetter mit dem Pkw zu fahren? Ich würde ja sagen, das gehört nicht hierher, wenn unser Thema nicht „Flaschen" lautete. Den freundlichen Kollegen von der „Deutschen Bahn AG", der mich im Heidelberger Hauptbahnhof 55 Minuten geduldig und engagiert beraten hat, nehme ich von dieser despektierlichen Bezeichnung allerdings ausdrücklich aus.

Das Fahren mit dem EC ist wie Lotto. Ob ein „behinderten-gerechter" Waggon mit barrierefreiem Klo dranhängt, wissen die Götter

Er mußte scheitern. Schließlich wollte ich mitsamt meinem Handrollstuhl, ohne den ich mich nicht fortbewegen kann, und meinem Dackelmischling Erwin mit der Bahn nach Linz fahren und zwei Tage später wieder zurück. Ein schier unglaubliches Ansinnen. Mit Erwin gab es indes keine Probleme. Er wäre als Schoßhund durchgegangen, dessen Mitnahme kostenlos ist.

Auch Rollstuhlfahrende befördert die Deutsche Bahn durchaus. Sie müssen nicht einmal mehr wie in früheren Zeiten im Gepäckwagen kauern, ohne Rücksicht darauf, ob sie soviel Zug überhaupt vertragen. Im ICE (Intercity Express), dem Traum aller Modelleisenbahner, reist es sich sogar mit Rolli recht angenehm. Stellplatz gibt es genug, Zugbegleitung, Behindertentoilette, Bistro und ein leider reichlich hoch hängendes Kartentelefon sind direkt nebenan. Wer sich umsetzen kann, findet bequeme, verstellbare Sitze vor, deren Reservierung allerdings anzuraten ist.

Nur herein kommt man schlecht in den

Superzug. Eine fahrzeuggebundene Einstiegshilfe haben die Superhirne der Ingenieure, die selbst solche Probleme wie die anfänglichen Fehlfunktionen der hypermodernen, bordeigenen Plumpsklos bei Tempo 250 im Tunnel in den Griff bekamen, leider nicht verwirklichen können (wollen, sollen?).

Trotz alledem ist der ICE für Rollis ein schöner Zug von der Bahn, wenn sie erst mal drin sitzen. Und genau da war der Haken bei der Fahrt von Heidelberg nach Linz. Um den ICE mit seinem zugänglichen WC nutzen zu können, wäre ich sogar zu einem Umweg über München bereit gewesen, denn ohne Umsteigen führte eh kein Weg in die Alpenrepublik. Doch alles half nichts. Die Einzelheiten aufzuzählen, würde eine (langweilige) Sondernummer dieser Zeitschrift füllen, deshalb hier nur soviel: Man bot mir den IC (Intercity) in der mutierten Form des „Eurocity" an. Klingt gut, gell. Nur ist das Fahren mit dem EC Lotto. Ob ein „behindertengerechter" Waggon mit barrierefreiem Klo dranhängt, wissen die Götter und der Zugführer am Tag der Reise. Vorher steht der Wagen zwar im Computer, aber Chips sind geduldig. Er ist auch zu buchen, aber ob er dann zum fraglichen Termin zum Zuge kommt, hängt daran, ob er total fit ist, oder ob nicht vielleicht eine Kleinigkeit reparaturbedürftig sein sollte. Dann nämlich gibt es keinen Ersatz, die Bahn hat einfach nicht genug von den entsprechenden Waggons. Dann kamen noch Probleme als Nachwirkungen des französischen Eisenbahnerstreiks hinzu. Der Eurocity fuhr schließlich im Nachbarland los, und daß Computer gerne auch mal streiken, wissen alle, die schon mal mit einem arbeiten mußten. Der freundliche Berater im Heidelberger Hauptbahnof bot mir also zu guter Letzt an: Hin- und Rückfahrt über Frankfurt, bis dort (keine Stunde von Mannheim oder Heidelberg) mit dem ICE, ab dort mit dem Eurocity. Auf dem Hinweg mit gebuchtem Rolliabteil (leider nicht bestätigt, wegen dem Streik), für die Rückfahrt leider, leider ohne ein solches, da zum gewünschten Termin nicht greifbar. Fazit: Eine sechsstündige Zugreise ohne die Möglichkeit, die Toilette aufsuchen zu können. Na danke. So kam es also dazu, daß ich mich mit Zittern und Zagen auf den Weg über nasse bis eisige süddeutsche und oberösterreichische Autobahnen machte und für den Rückweg eine grüne Mineralwasserflasche von einem freundlichen Kollegen erhielt, die leider nicht in einen badischen Automaten paßte.

Nachsatz: Flaschen können auch sonst Ärger machen. Nicht nur, daß sie der natürliche Feind jedes barfußlaufenden Geschöpfes und jeglicher luftgefüllter Bereifung sind. Selbst Pfandflaschen nach „Euronorm" sind manchmal schon im Nachbarort nicht mehr loszuwerden. („Die haben sie aber nicht bei mir gekauft..."). Es scheint noch ein weiter Weg vom Europa der Flaschen bis zum international anerkannten Leergut.

1 JAHR erfolgreiche Politik für Oberösterreich.

Die Bilanz des ersten Regierungsjahres von LH Dr. Pühringer und seinem Team spricht für sich:

- **Beschäftigung:**
  1995 nur 5,1% Arbeitslosenrate in OÖ. (österreichweit: 6,6%).
- **Budget:**
  Defizit halbiert.
- **Energie:**
  30% des Bedarfs wird aus erneuerbarer Energie gedeckt.
- **Bildung:**
  Bereits 3 Fachhochschulstandorte in OÖ.
- **Sparen beginnt in OÖ. oben:**
  Gehalt der Regierungsmitglieder gekürzt. Abgeordnetenpensionen abgeschafft. Alle Politikerbezüge für 3 Jahre eingefroren.
- **Schlanke Verwaltung:**
  Behördenverfahren verkürzt. Beamtenapparat verkleinert.

Der Status behinderter Menschen in den Europäischen Verträgen.

Unsichtbare BürgerInnen

Padraig Flynn, EU-Kommissar.

Text und Foto: Andreas Oechsner

Anläßlich des Europäischen Tages behinderter Menschen im Dezember 1995 wurde der Öffentlichkeit der Bericht „Unsichtbare BürgerInnen" vorgestellt und der europäischen Kommission übergeben. Von behinderten und nichtbehinderten JuristInnen verfaßt, geht er auf die Tatsache ein, daß Menschen mit Behinderung in den Verträgen zur Europäischen Union nicht vorhanden sind. Es wird geschätzt, daß es etwa 34 Millionen Menschen in der Europäischen Union gibt, die aufgrund ihrer Behinderung mit massiven Diskriminierungen konfrontiert sind, für deren Bekämpfung es keine Rechtsgrundlage in den Unionsverträgen gibt. „Behinderte haben bedauerlicherweise keinen Rechtsstatus in den Europäischen Verträgen. Sie werden einfach nicht wahrgenommen," kritisiert Barbara Schmidbauer, Präsidentin der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe „Behinderte" im Europäischen Parlament.

„Durch diesen Bericht wird eindeutig belegt, daß behinderte Menschen in der Europäischen Union systematischen Diskriminierungen ausgesetzt sind." Padraig Flynn

Ausgehend von konkreten Beispielen und Schilderungen alltäglicher Diskriminierungen widmet sich der Bericht der Tatsache, daß EU-BürgerInnen mit Behinderung an der Ausübung jener Rechte, die gerade durch die Europäische Union gewährt werden, gehindert werden. Dazu zählen zum Beispiel der freie Personenverkehr und der freie Verkehr von Dienstleistungen. Es wird aufgezeigt, daß die Grundrechte behinderter UnionsbürgerInnen nicht einmal von den Institutionen der EU selbst gewahrt werden. „Durch diesen Bericht wird eindeutig belegt, daß behinderte Menschen in der Europäischen Union systematischen Diskriminierungen ausgesetzt sind," betonte Padraig Flynn, EU Kommissar für soziale Angelegenheiten, der für die Kommisison das Dokument entgegen nahm.

Im weiteren widmet sich der Bericht bereits bestehenden gesetzlichen Antidiskriminierungsgrundlagen, einerseits in EU-Staaten, andererseits auf anderen Kontinenten wie den USA und Australien. Die JuristInnen kommen zu dem Schluß, daß brauchbare Abhilfe nur durch eine Änderung der bestehenden Unionsverträge geschaffen werden kann. Sie bringen konkrete Vorschläge, wo und mit welcher Formulierung eine Antidiskriminierungsklausel ergänzt werden könnte. Es wird empfohlen, daß zu Artikel 6 des Vertrags wie folgt hinzugefügt wird: „Unbeschadet besonderer Bestimmungen dieses Vertrags ist in seinem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit, der Rasse, des Geschlechts, einer Behinderung, der geschlechtlichen Orientierung oder der Religion verboten." Eine solche Ergänzung hätte zur Folge, daß behinderte Menschen in Europa eine Rechtsgrundlage für die Durchsetzung ihrer durch die Union gewährten Bürgerrechte erhalten.

„Es muß bei der Überarbeitung des Maastricht-Vertrags auf jeden Fall das Grundrecht aufgenommen werden, daß Menschen aufgrund ihrer Behinderung nicht benachteiligt werden dürfen," schließt sich Barbara Schmidbauer der Forderung europäischer Betroffenenorganisationen nach solch einer Antidiskriminierungsklausel an.

Die Chancen stehen nicht schlecht. Die Reflexionsgruppe, die für die Themen der im Juni geplanten europäischen Regierungskonferenz zuständig ist, hat die Forderung einer Antidiskriminierungsklausel auf die Tagesordnung gesetzt. Das ist ein großer Erfolg. Dennoch muß auf dieser Konferenz eine solche Klausel einstimmig angenommen werden. Ist nur eine Regierung dagegen, wird die Forderung nicht umgesetzt.

Auf nationaler Ebene muß nun der Druck erhöht werden, um Regierungschefs wie Dr. Helmut Kohl oder Dr. Franz Vranitzky zu überzeugen, daß sie bei der Regierungskonferenz für diese Antidiskrimierungsklausel stimmen.

Die deutsche Fassung des Berichts „Unsichtbare BürgerInnen" ist zu bestellen bei:

European Day of Disabled Persons Secretariat
7 bd. Clovis
B-1040 Brüssel
Tel./Fax: ++32 2 280 14 12

Leben auf eigene Gefahr

Herausgegeben von Fib eV.

Leben auf eigene Gefahr:
Geistig Behinderte auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben.
Fib e.V. (Hrsg.), München: AG SPAK-Bücher, 1995,
ISBN 3-923126-96-4
öS 230.–

Aktuelle Texte zur selbstbestimmten Lebensgestaltung von Menschen mit geistiger Behinderung sind in diesem Buchband gesammelt. Ausgehend von konkreten und persönlichen Darstellungen Betroffener, die ihren Emanzipierungsprozeß schildern, widmen sich die Beiträge den Themen ambulante Hilfen zum selbständigen Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung, Freizeit, Selbstbestimmung und Diskriminierung, verschiedene Wohnformen und eher theoretisch den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Dem Fib e.V. als Herausgeber ist es gelungen, seine eigene Arbeit im Bereich des selbstbestimmten und integrierten Wohnens von erwachsenen Menschen mit geistiger Behinderung darzustellen und konkrete Empfehlungen dafür zu geben. Darüber hinaus läßt er IntegrationstheoretikerInnen wie Georg Feuser ausreichend zu Wort kommen und schafft so den LeserInnen einen umfassenden Einblick in die Thematik.

Die Zeit der bevormundenden und fürsorglichen Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung ist vorbei, innovative und kreative Modelle der Begleitung, die durchaus Unsicherheiten, Ungewißheiten und Risiko mit sich bringen können, wie das Leben eben so spielt. Denn wie heißt es so schön auf der hinteren Umschlagseite des Buches: „Ich habe keine Lust, in Watte gepackt zu werden, nur weil ich behindert bin!"

Eine Buchlektüre, die sehr zu empfehlen ist.

gelesen von Petra Flieger

Till-Philipp oder Das Recht auf Normalität

Die Integration eines Kindes mit Down-Syndrom von Hans-Peter Spanier

Till-Philipp wird am 13. 10. 1987 in Wolfenbüttel als erstes Kind von Hans-Peter und Christel Spanier geboren. Obwohl die behandelnde Gynäkologin bereits lange vor seiner Geburt eine Trisomie 21 diagnostiziert hat, werden die Eltern davon nicht informiert. Am 14.10.1987 erfolgt ebenfalls ohne vorherige eingehende Absprache mit den Eltern wegen des Verdachtes auf einen Herzfehler eine Überweisung des Neugeborenen in das Städtische Klinikum in Braunschweig. Von diesem Zeitpunkt an beginnt ein zuvor sicher niemals in dieser Vollständigkeit dokumentierter Hürdenlauf durch Institutionen und Behörden. Hans-Peter Spanier hat für sein Werk die gesamte seinen Sohn betreffende Korrespondenz, bestehend aus 593 Briefen zusammengetragen. Inhalt des Buches ist also nicht, wie im herkömmlichen Sinn, eine Erfolgsstory über die Entwicklung eines Down-Syndrom-Kindes, sondern der mit seitenweisen Briefzitaten bestückte nüchterne Tatsachenbericht über den diskriminierenden Umgang von Ämtern und Behörden mit den Eltern eines behinderten Kindes. Die geplante Adoption gerät angesichts des Vorhandenseins eines behinderten Kindes zur Farce, die Suche nach dem Kindergartenplatz gestaltet sich zu einer Kette aufeinanderfolgender Ablehnungen und Schikanen und das Projekt einer Spielgruppe scheitert schon in seinen Anfängen. Das 277 Seiten starke Buch ist zugegebenermaßen nicht leicht lesbar. Es erzeugt Wut und Widerwillen angesichts der unzähligen, wörtlich abgedruckten hilflosen und inhaltslosen Formulierungen, die der Autor dem Leser bewußt nicht erspart hat und die das Lesen zuweilen langatmig erscheinen lassen. Das Buch ist jedoch als informative Materialsammlung zu verstehen und als solche beispielgebend für alle, die es sich nicht nehmen lassen wollen, gegen eine Bürokratie, die Menschen mit Beeinträchtigungen zu Behinderten macht anzukämpfen.

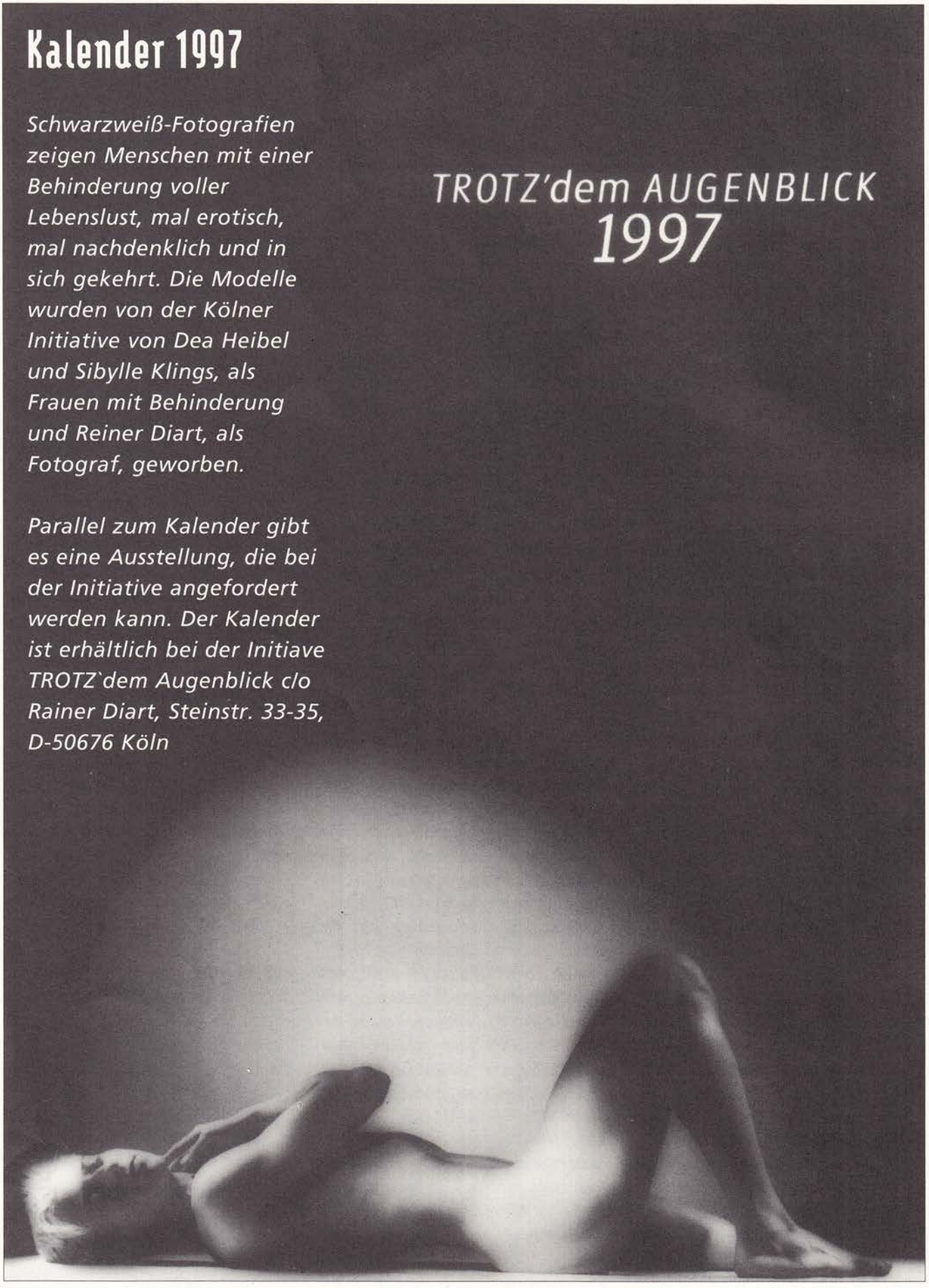
Till-Philipp
(Heidelberg 1995),
Programm „Edition Schindele"
im Universitätsverlag
C. Winter Heidelberg,
ISBN: 3-8253-8229-X, öS 250.–

gelesen von Angelika Jensen

Kalender 1997

Schwarzweiß-Fotografien zeigen Menschen mit einer Behinderung voller Lebenslust, mal erotisch, mal nachdenklich und in sich gekehrt. Die Modelle wurden von der Kölner Initiative von Dea Heibel und Sibylle Klings, als Frauen mit Behinderung und Reiner Diart, als Fotograf, geworben.

Parallel zum Kalender gibt es eine Ausstellung, die bei der Initiative angefordert werden kann. Der Kalender ist erhältlich bei der Initiave TROTZ`dem Augenblick c/o Rainer Diart, Steinstr. 33-35, D-50676 Köln



„Herr Groll...

Im Rollstuhl durch gelähmte Zeiten ...erfährt die Welt"

Vorabdruck:
Kaffee im Niemandsland (Auszug)

... „Fünf Pfund", hörte Groll den Fahrer sagen. Tritt zog seine Brieftasche aus der Hose. „Drei Pfund", rief Groll. „Larnaca to Pyla, that's three pounds!"

„Pyla is dangerous. For me, Pyla is dangerous", sagte der Fahrer.

„Geben Sie ihm vier Pfund", rief Groll. Tritt zahlte, das Taxi fuhr ab.

„Warum kommen Sie so spät?" fragte Groll, „Panicos muß jeden Moment hier sein!" Er sei bei einem zypriotischen Kollegen eingeladen gewesen, rechtfertigte sich Tritt. Der unterrichte in Oxford mediterrane Soziologie. Das sei kein Grund, sich zu verspäten, erwiderte Groll. Die Frau des Professors habe immer wieder neue Schalen mit Nüssen und Mehlspeisen aufgetragen, sagte Tritt, er habe nicht unhöflich sein wollen, also habe er alles aufgegessen. Groll schüttelte den Kopf.

Erwin Riess, Rollstuhlfahrender Schriftsteller. Foto: Andreas Oechsner

„Sie hätten von den gereichten Erfrischungen nur zu nippen brauchen!"

„War mein Benehmen unhöflich?" fragte Tritt bestürzt.

„Nein, Sie waren nur dumm", beruhigte Groll. „Ich habe die österreichische Soziologie in Verruf gebracht!" klagte Tritt.

„Keine Sorge", sagte Groll. „Zypern ist einer der wenigen Plätze auf der Welt, an dem das Wort Österreich einen guten Klang hat. Immerhin stellten Österreicher für Jahre das stärkste UNO-Kontingent. Leider sind einige von ihnen durch Minenexplosionen getötet oder verstümmelt worden. Jedenfalls wissen die Zyprioten die Anwesenheit der Österreicher zu schätzen, denn alle ziehen daraus ihren Vorteil: Die türkischen Zyprioten können ungestört dem Muezzin lauschen, die griechischen erfreuen sich an der Tourismusindustrie und die österreichischen Soldaten sind glücklich, weil sie erstmals die Nützlichkeit des Bundesheers erleben."

„Und die Kampfparteien bleiben unversöhnt und wahren so vor sich und vor dem Feind das Gesicht, ohne kämpfen zu müssen", ergänzte Tritt. Groll nickte. „Panicos ist überfällig, er hätte längst auf seiner Patrouille bei uns vorbeikommen müssen."

Der Krämer brachte einen Sessel für Tritt und ging in den Laden zurück. Ob auch er hier einen Kaffee bekommen könne, fragte Tritt. Von der Schale nippend, wies Groll in den Laden. Tritt verschwand im Geschäft, Groll hörte ihn einen griechischen Kaffee bestellen und zuckte wie von einer Faust getroffen zusammen.

„Unglücklicher!" rief er, als Tritt aus dem Laden trat. „Wissen Sie denn, ob der Krämer ein Grieche ist?"

„Das ist mir egal. Ich bin ein entschiedener Anhänger der Multikulturalität. Für mich sind alle Menschen gleich."

„Wenn Sie jetzt bei einem Türken einen griechischen Kaffee bestellt haben, ist es aus mit der Multikulturalität! Dann hat Ihre letzte Stunde geschlagen!"

„Überall auf Zypern bestellen die Menschen 'Greek Coffee', erwiderte Tritt und setzte sich auf die Bierkiste. „Im türkischen Teil heißt es: ‚Türkischer Kaffee'!" widersprach Groll.

„Wir sind hier aber im griechischen Teil", sagte Tritt zornig.

„Falsch," sagte Groll. Völkerrechtlich seien sie im Niemandsland, und im Niemandsland dürfe niemand bevorzugt werden. Auch in den geringsten Dingen müsse im Niemandsland strikte Ausgewogenheit beachtet werden. Sein Freund Panicos habe ihn gelehrt, daß selbst kleine Verfehlungen, wie sprachliche Diskriminierungen beim Bestellen von Kaffee, den Anlaß für ein Blutbad bilden können ...

Erwin Riess,
Herr Groll erfährt die Welt.
Im Rollstuhl durch gelähmte Zeiten
Elefanten Press Berlin, gebunden,
221 ÖS, 29,90 DM/Fr.
ISBN: 3- 88520-583-1

Erwin Riess, geb. 1957, Studium der Politik und Theaterwissenschaft in Wien, Promotion 1984, Verlagslektor, publizistische Arbeiten. Nach Rückenmarktumor Rollstuhlfahrer, 1984 bis 1994 Wissenschaftlicher Referent für Behindertengerechtes Bauen im Wirtschaftsministerium. Seither freier Schriftsteller, Aktivist in der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung behinderter Menschen, Delegierter Österreichs bei EUCREA – European Association for Creativity by and with disabled persons for the European Community. Essays, Erzählungen und Satiren in österreichischen und deutschen Zeitschriften, mehrere Bücher und Theaterstücke.

Das neue Buch von Erwin Riess

UK's Disability Discrimination Act 95

[Der neue britische Diskriminierungsakt 1995]

von Dr. Brian Doyle, übersetzt von Martin Ladstätter

Der Diskriminierungsakt des Vereinigten Königreichs wurde am 8. November 1995 Gesetz. Er stellt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu Behindertenrechten dar, obwohl es nicht jene strenge Gesetzgebung ist, die behinderte Menschen gefordert haben.

Es ist fraglich, ob sich der Diskriminierungsakt als ausreichender Ersatz für das ursprünglich geforderte Bürgerrechtsgrundgesetz für behinderte Personen erweisen wird. Solch ein Grundgesetz erwies sich für den Geschmack der konservativen britischen Regierung als zu umfassend.

Der Diskriminierungsakt untersagt Arbeitgebern, behinderte Personen bei der Einstellung, der Auswahl oder bei der Ausschreibung von Stellenangeboten zu diskriminieren. Weiters ist es verboten, Menschen bei Aus- und Weiterbildung sowie bei Aufstiegsmöglichkeiten aufgrund ihrer Behinderung zu benachteiligen.

„Ein Grundgesetz erwies sich für den Geschmack der konservativen britischen Regierung als zu umfassend."
Dr. Brian Doyle

Fühlt sich eine behinderte Person diskriminiert, kann sie bei einem Arbeitsgericht Beschwerde erheben.

Der Diskriminierungsakt verbietet es Anbietern von Dienstleistungen, behinderte Personen im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Gütern, Einrichtungen oder Dienstleistungen auf näher bestimmte Arten zu diskriminieren. Güter und Einrichtungen sind nicht näher erläutert, aber der Diskriminierungsakt führt zahlreiche Beispiele von Dienstleistungen an, die abgedeckt sind.

Es ist ungesetzlich, eine behinderte Person zu diskriminieren, indem ihr Dienstleistungen verweigert werden, die Mitgliedern der Öffentlichkeit angeboten werden.

Auch Diskriminierung von behinderten Personen im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit und der Verwaltung von Räumlichkeiten, wie Wohnungen, Häusern oder anderen Besitzen, ist verboten. Es gibt eine Ausnahme im Zusammenhang mit privaten Geschäften, das heißt solchen, die keinen Grundstücksmakler oder keine Anzeige beinhalten, und bestimmten kleinen Wohnungen, vor allem mehrfach besetzte Unterkünfte in Gebäuden, die mit dem Besitzer geteilt werden.

Die Bereitstellung von Bildung ist nicht Gegenstand der im Akt enthaltenen Antidiskriminierungsprinzipien. Während die Beschäftigung in Bildungseinrichtungen unter

Dr. Brian Doyle. Foto: Archiv

Foto: Andreas Fischer

das Verbot von Behindertendiskriminierung fällt, werden Bildungsmöglichkeiten oder die Rechte behinderter SchülerInnen oder StudentInnen innerhalb solcher Einrichtungen nicht berührt. Statt dessen verbessert der Diskriminierungsakt bestehende Bildungsgesetze: Bildungseinrichtungen werden zu einer Politik und zu Handlungen ermutigt, die die Integration von behinderten SchülerInnen und StudentInnen fördern. Diese Vorkehrungen beziehen sich auf Schulen, Colleges und Universitäten und werden wahrscheinlich im Juli 1996 in Kraft treten.

Die Prinzipien zur Antidiskriminierung im Teil III des Akts können nicht auf Serviceeinrichtungen angewandt werden, sofern es sich um den Gebrauch von Transportmitteln handelt. Das Recht auf Zugang zu Gütern, Einrichtungen und Dienstleistungen sollte von Transportunternehmen erfordern, daß Einrichtungen bzw. Leistungen wie Zeitpläne, Ticketarrangements, Buchungseinrichtungen, Wartezonen, Toilettenanlagen, Plattformen und andere öffentliche Bereiche ohne Diskriminierung für behinderte Personen zugänglich gemacht werden. Busse, Taxis, Züge, Flugzeuge und andere Formen des öffentlichen Transports müssen jedoch weder selbst zugänglich sein, noch müssen sie den Bedürfnissen behinderter Personen angepaßt werden.

Die Einführung eines Antidiskriminierungesgesetzes in Großbritannien fällt zeitlich sehr günstig. Innerhalb der Europäischen Union werden die Regierungschefs überlegen, die Maastricht Nachfolgeverträge bei der Regierungskonferenz 1996 zu ergänzen, um eine gesetzliche Basis für Behindertenpolitik auf europäischer Ebene einzurichten. Es ist wahrscheinlich, daß dies zu einer zukünftigen Gleichbehandlungsrichtlinie oder ähnlichen Maßnahme führen wird.

Im Vergleich mit der Antidiskriminierungsgesetzgebung in den USA, dem Akt für AmerikanerInnen mit Behinderung von 1990, sieht das britische Gesetz wie eine halbherzige Maßnahme und eine müde Reform aus. Nichtsdestotrotz wurden Behindertenrechte in Großbritannien, einem Land, das in letzter Zeit mit der Abneigung gegenüber sozialpolitischen Angelegenheiten Schlagzeilen gemacht hat, ausdrücklich anerkannt.

oberes Foto: RollstuhlfahrerInnen blockieren Busterminal!

„Seit Jahren fordern wir Hubplattformen für die Busse der Innsbrucker Verkehrsbetriebe, und ebensolang werden wir nun schon hingehalten. Es gibt zwar etliche Stellungnahmen, aber keine Entscheidung," kommentiert Ernst Schwanninger von der Selbstbestimmt-Leben-Initiative Innsbruck (SLI) die Aktion.

Die Demonstration am 6. Dezember 1995 löste einiges aus: Der Stadtsenat gab auf Antrag des Behindertenbeauftragten der Stadt Innsbruck ein grundsätzliches Bekenntnis zur „behindertengerechten Ausstattung der Innsbrucker Verkehrsbetriebe" ab. Die Busse, die in den nächsten Jahren angeschafft werden, müssen zumindest für den nachträglichen Einbau einer Hubplattform vorbereitet sein.
Die SLI zeigt sich streitbar und bewertet diesen Senatsbeschluß als Teilerfolg. „Wir dürfen jetzt keine ‚Rollstuhlreifenbreite' nachgeben und werden in nächster Zeit vehement die Nachrüstung mit den Hubplattformen einfordern, dann kann der Innsbrucker Erfolg vorbildhaft sein für ganz Österreich."

Erstes Behinderten PARLAMENT

in Deutschland – die Vorstufe zu einem Bundesbehindertenrat

Text: H. Günter Heiden

Damit hatten die elf veranstaltenden Verbände vom VdK (Verband der Kriegsopfer) bis zur ISL (Interessenvertretung Selbstbestimmt leben) wohl nicht gerechnet: Karl Jung, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), schweißte durch seine Rundumschläge die deutsche Behindertenbewegung kräftig in Richtung Behindertenrat zusammen. Originalton Jung: „Ich habe schon Rehabilitation gemacht, da waren Sie noch gar nicht auf der Welt!" oder „Mit 20.000 Mark Leistungsbescheid leben Sie ja sehr gut!" oder „500 Unzufriedene der Pflegeversicherung gegen 1,1 Millionen Zufriedene – das ist die Realität!" Entsprechend harsch fielen auch die Reaktionen aus. Horst Frehe, Referent: „Ich bin geschockt über die Dummheit und Ignoranz des BMAS!" Andreas Jürgens, „Parlamentarier" aus Kassel: „Wenn wir Brandstifter zum Feuerwehrmann machen, gibt das einen Flächenbrand!" Ottmar Miles-Paul (ISL): „Die Verbände scheinen sich weitgehend einig zu sein, zur Regierung kann ich nur sagen: hoffnungslos!"

Dabei war die zentrale Veranstaltung zum Europatag der Behinderten am 2. Dezember 1995 im Ex-Bundestagsplenarsaal in Bonn – mit Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth als Schirmfrau – eher als inhaltlich wegweisende Diskussionsveranstaltung gedacht. Die vorbereitende Arbeitsgruppe der Verbände hatte unter dem Motto „Behinderte Menschen – gleichberechtigte BürgerInnen" – wobei sich die behinderten Frauen das „-innen" erst durch heftigen Protest im Vorfeld erkämpfen mußten – eingeladen. Das frisch erarbeitete „Aktionsprogramm 2000 – Vorstellungen der Behindertenverbände zur mittel- und langfristigen Behindertenpolitik" sollte mit ParteipolitikerInnen diskutiert werden. Außer Jung, der den kurzfristig absagenden Minister Blüm vertrat, saßen der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Otto Regenspurger, und VertreterInnen der anderen Parteien den über 500 Betroffenen gegenüber.

Nichts Neues geboten

Doch inhaltlich wurde von den Parteien nichts Neues geboten. Die konkretesten Aussagen kamen von Schirmfrau Süßmuth, die sich u. a. gegen „Pflegeverhältnisse mit der Stoppuhr" aussprach und sich für die Belange behinderter Frauen einsetzte. Die Verbände waren sich nach der Veranstaltung einig: Das muß der Anfang einer neuen Gemeinsamkeit werden. Und so traf man sich am 17. Januar bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH) in Düsseldorf und diskutierte ein „Konzept für einen Nationalen Behindertenrat". Doch steckt der Teufel bekanntermaßen im Detail: War man sich in der großen inhaltlichen Linie (Gleichstellung, Selbstbestimmung, Selbstvertretung, Teilhabe in allen Lebensbereichen, Vorrang der Selbsthilfe vor Wohlfahrt) einig, so existierten folgende Problembereiche:

- wie groß soll der Rat sein, wer kann Mitglied werden (Delegiertenprinzip mit Stimmenanteil nach Verbandsstärke oder UNO-Prinzip „Ein Land – eine Stimme"?)
- dürfen nur unmittelbar Betroffene Mitglied sein? Was ist mit Eltern – und Angehörigenverbänden?
- bedarf es einer eigenen Organisationsstruktur oder reichen die bestehenden Ressourcen aus?

Mitte April soll weiterdiskutiert werden, doch scheint es mehr um die Frage des „Wie?" und nicht mehr des „Ob?" zu gehen. Aber die Zeit drängt, denn Anfang Januar wurden auch Sparpläne der Finanzministerkonferenz der deutschen Bundesländer bekannt, die u. a. vorsehen, die Ausgleichsabgabe auf unter 200 DM und die Beschäftigungsquote unter sechs Prozent zu drücken.

„Wo Menschen sich nicht organisieren, bleiben ihre Interessen auf der Strecke!"
Rita Süßmuth, Präsidentin des deutschen Bundestages

Aber auch in den Ländern ist der Impuls für ein verbandsübergreifendes Wirken angekommen. Hatten sich in Nordrhein-Westfalen bereits Anfang 1995 die Verbände eher heimlich zusammengeschlossen, so fand am 17. Februar mit größerer Medienresonanz das Gründungstreffen des niedersächsischen Landesbehindertenrates statt. Lange hat es gedauert, doch jetzt scheint man die Weisheit, die Rita Süßmuth, Präsidentin des deutschen Bundestages, in ihrer Eröffnungsansprache zitierte, zu beherzigen: „Wo Menschen sich nicht organisieren, bleiben ihre Interessen auf der Strecke!"

Sieht aus wie Parlament, ist aber keins: Plenum mit (noch?) nicht gewählten BehinderterpolitikerInnen. Foto: H.-Günter Heiden

von Fall zu Fall

Das Sparpaket ist geschnürt. Die Regierung steht. Überall hat der Rotstift gewütet. Die Novellierung des Pflegegeldgesetzes steht auf dem Regierungsfahrplan. Die Kürzung der Leistungen ist beschlossene Sache und bedarf nur noch eines formalen Aktes. Über die konkreten Kürzungen im Pflegegeldbereich sprach domino mit Dr. Gottfried Feurstein, Nationalrat und Chefverhandler für die ÖVP bei den „Konsolidierungsverhandlungen".

Foto: Renate Apostel

Interview mit Dr. Gottfried Feurstein, NR für die ÖVP

domino: „Die Regierungsverhandlungen sind abgeschlossen. Was wird sich konkret für PflegegeldbezieherInnen ändern?"

Feurstein: „Geändert wurde die Ruhensbestimmung bei einem Krankenhausaufenthalt. Die Pflegegeldleistung ruht bereits ab dem 2. Tag. Wenn der Pflegebedürftige zusätzliche Aufwendungen auch während des Krankenhausaufenhalt nachweisen kann, wird auch weiter das Pflegegeld ausbezahlt. Weiters wird das Pflegegeld in Zukunft im nachhinein gewährt. Dieses gilt aber nur für Neuanträge. Ebenfalls wird die Pflegegeldleistung 1996 und auch 1997 nicht valorisiert. Darüber hinaus gibt es noch einige Veränderungen, die finanziell weniger bedeutungsvoll sind. Ich möchte nur darauf hinweisen, und das gilt auch wieder nur für Neuanträge, daß das Taschengeld bei Heimunterbringung nur noch 10 % der Pflegestufe betragen wird."

domino: „Mit welcher Begründung wird das Taschengeld von Heimbewohnern um die Hälfte gekürzt?"

Feurstein: „In der jüngsten Vergangenheit gab es viele Angriffe und kritische Bemerkungen zum Pflegegeld. Generelle Kürzungen wurden verlangt, ein exakter Nachweis

Das Telefongespräch führte Andreas Oechsner.

über eine fachgerechte Pflege sollte vorgelegt werden. Dieses wird natürlich nicht von uns akzeptiert."

domino: „Uns heißt in dem Fall von der ÖVP?"

Feurstein: „Ja, von mir als Vertreter der ÖVP und Verhandlungspartner für die ÖVP waren diese Punkte nicht zu akzeptieren, aber der Sozialminister hat das genauso gesehen."

domino: „Kommen wir noch mal auf die Kürzung des Taschengeldes zurück. Das Taschengeld wird ja um 50 % gekürzt."

Feurstein: „Dieses gilt nur für Neuanträge. Es gab allerdings den Vorschlag, das Taschengeld überhaupt zu streichen."

domino: „Von wem kam der Vorschlag, das Taschengeld zur Gänze zu streichen?"

Feurstein: „Verhandlungen werden im internen Kreis geführt, ich bitte um Verständnis, daß ich die Namen von Personen nicht nennen möchte."

domino: „Wird da nicht bei Menschen der Rotstift angesetzt, die sich nicht wehren können?"

Feurstein: „Mit meinem Vorschlag, keine Kürzungen in diesem Bereich vorzunehmen, habe ich mich nicht durchsetzen können. Dann habe ich den Kompromiß akzeptiert, um andere Angriffe auf das Pflegegeld abwehren zu können."

domino: „Welche anderen Angriffe?"

Feurstein: „Insbesondere möchte ich jenen Bereich nennen, wo eine 12%ige generelle Kürzung des Pflegegeldes ab der Stufe 4 vorgesehen gewesen wäre, wenn keine fachgerechte Pflege, das heißt, besonders ausgebildetes Fachpersonal, nachgewiesen werden kann."

domino: „Trifft es zu, daß die Pflegestufe 1 um 30 Prozent gekürzt wird?"

Feurstein: „Das ist richtig, die Voraussetzung dieser Eingangsstufe wollte man zunächst anheben. Auch das konnte verhindert werden. Die Stunden wurden nicht angehoben, im Gegenzug ist diese Stufe auf 2000 Schilling gekürzt worden".

domino: „Ab wann gelten diese neuen Regelungen?"

Feurstein: „Das Inkrafttretungsdatum kann noch nicht exakt gesagt werden. Bisher ist es ja nur ein Entwurf, der noch in Begutachtung gehen muß. Danach kommt die parlamentarische Beratung. Ich rechne, daß auf jeden Fall in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres die Veränderungen im Pflegegeldgesetz in Kraft treten."

domino: „Alle Anträge, die vor Juli 1996 eingebracht werden, sind von der Kürzung nicht betroffen?"

Feurstein: „Ja, das stimmt. Es gibt keinen Eingriff in bestehende Rechte."

domino: „Kommen wir zu dem Punkt Ruhensbestimmung bei stationärem Aufenthalt im Krankenhaus. Wie soll der Nachweis erbracht werden, daß trotz Krankenhausaufenthalt Pflege notwendig ist?"

Feurstein: „Es geht ja nicht um die notwendige Pflege, denn wenn jemand im Krankenhaus ist, dann wird er dort betreut und es ist keine Pflege notwendig. Es geht um die Betreuungspersonen, die er auch während des Krankenhausaufenthaltes versichern muß."

domino: „Wenn also Sozialversicherungsbeiträge oder eine Unfallversicherung bezahlt werden, ruht das Pflegegeld nicht."

Feurstein: „Das ist ein eindeutiger Fall, wo es nicht ruht. Aber es gibt natürlich auch andere Fälle, nicht nur dann, wenn Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden müssen."

domino: „Können Sie ein Beispiel noch nennen?"

Feurstein: „Ich kann mir vorstellen, daß jemand, der kurz im Krankenhaus ist, bereits gewisse Vereinbarungen abgeschlossen hat, die er auch bezahlen muß. Wenn er das nachweisen kann, ruht der Leistungsanspruch auch nicht."

domino: „Wie muß das nachgewiesen werden?"

Feurstein: „Durch Verträge oder Belege."

domino: „Also, eine Von-Fall-zu-Fall-Entscheidung?"

Feurstein: „Das ist richtig, es muß praktisch nachgewiesen werden, daß Belastungen zusätzlich angefallen sind. Neben den erwähnten Kürzungen gibt es aber noch eine kleine Verbesserung. Unter bestimmten Voraussetzungen kann Pflegegeld auch vor dem 3. Lebensjahr gewährt werden."

domino: „Nur eine Kannbestimmung, die wiederum von Fall zu Fall entschieden wird?"

Feurstein: „Ja, so ist es vorgesehen."

domino: „Wir danken für das Gespräch."

Konzeptlos, einfallslos und sozialpolitisch gefährlich

Ein Kommentar von Martin Lädstätter

Martin Ladstätter.
Foto: Archiv

Da sind wir noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Oder? Sogar eine Verbesserung haben wir bekommen. Und das zu Zeiten eines Notstandsprogrammes, genannt Konsolidierung. Böse Zungen behaupten, es sei ein Chaosprogramm. Aber mit dem Notstand konnte zumindest die SPÖ schon in der Vergangenheit umgehen. Im Jahre 1993 hob der Kanzler den Pflegenotstand, wie er selbst formulierte, auf. Mit dem Pflegegeldgesetz, in Regierungskreisen auch Jahrhundertgesetz genannt. Offenbar haben PolitikerInnen andere Zeitdimensionen. In der Regel endet ihr Zeithorizont bereits bei einer Regierungsperiode, und diese liegt zur Zeit weit unter vier Jahren. Damals, anno 1993 wurde das Pflegegeldgesetz als Säule des Sozialsystems verankert.

Drei Jahre später bietet sich ein grausames Bild. Sozialdemokratische Bulldozer planieren die Soziallandschaft. Nicht finanzierbar, nicht treffsicher und eine Quelle des Mißbrauchs orten rote Funktionäre Handlungsbedarf. Pflegegeld sozial gestaffelt, das wäre doch nett und etwas Neues. Dank Schüssel und den vorzeitigen Neuwahlen verstummten die roten „Pflegegeldreformer".

Der Kanzler versprach im Wahlkampf schwarz/rot auf weiß: „Ich werde alles tun, damit behinderte Menschen zu ihrem Recht kommen". Öffentlich betonte Vranitzky: „In der Pflegevorsorge wird es zu keiner Qualitätsverschlechterung kommen."

Im Jänner dieses Jahres – einen Wahlsieg für die Sozialdemokratie in der Tasche – ging es mit der Sozialdemontage los. Offenbar hatte die vielseitig interessierte SP-Bundesgeschäftsführerin Mag. Brigitte Ederer die Worte des Kanzlers nicht gehört und übte sich als Sozialexpertin. Das Pflegegeld sei an den Nachweis der professionellen Hilfe zu koppeln, so ihr Vorschlag. Nun brach in der Parteizentrale wieder einmal der Notstand aus. Diesmal der Argumentationsnotstand. Ederer hielt sich tapfer. Immerhin hielt sie mehrere Tage an ihrer Idee fest. Der Verdacht kam auf, es sei ein durchdachter Gedanke. Unterstützung erhielt sie vom Kanzler. Der zuständige Ressortminister Franz Hums, auch SPÖ, reagierte differenzierter und lehnte den Vorschlag zur Gänze ab.

Sozialsprecherin Annemarie Reitsamer, ebenfalls SPÖ, übte nun Frauensolidarität: „Ich habe festgestellt, daß zwei Drittel des monatlichen Pflegegeldes als Einkommen und nur ein Drittel für den Einkauf von Pflegeleistungen verwendet werden." Das wiederum ermutigte den Präsidenten der Arbeiterkammer Burgenland, Ernst Piller, die Parteizugehörigkeit dürfen sie jetzt erraten, festzustellen: „Es wäre günstiger gewesen, bei Pflegeleistungen von Haus aus ein Sachleistungsmodell zur Anwendung zu bringen."

„Es ist sehr wichtig, daß die Regierung einen verantwortungsvollen Sparkurs verfolgt", betonte daraufhin Frauenministerin Helga Konrad. Das SPÖ-Bundesfrauenkomitee formuliert: „Zur derzeitigen Konstruktion des Pflegegeldes wurde festgestellt, daß die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, nachzuprüfen, wofür das Pflegegeld aufgewendet wird, und dies im Interesse der Qualität der Betreuung auch tun soll."

Bevor sich SP-Behindertensprecher Mag. Walter Guggenberger in die Tiroler Berge zurückzog, versicherte er noch am 13. Jänner dieses Jahres: „Am Pflegegeld wird nicht gerüttelt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß diese Zusage eingehalten wird".

Mitte Februar dieses Jahres sollte sich bewahrheiten, was Guggenberger prophezeit hatte. Es wurde nicht gerüttelt, sondern planiert. Knapp 3 Milliarden sollen beim Pflegegeld eingespart werden. Neue PflegegeldbezieherInnen müssen mit drastischen Einsparungen rechnen. Auch der Tiroler zeigte sich überrascht.

Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, daß innerhalb der SPÖ unterschiedliche Vorstellungen über Sozialpolitik in den Köpfen schwirren. Von Konzepten gar nicht zu reden. Chaotisch und unüberlegt werden Gedankenfetzen in die Öffentlichkeit getragen. Dabei wird die Pflegevorsorge Stück für Stück demontiert!

Wenn es stimmt, daß ein Budget die in Zahlen gegossene Politik ist, dann ist diese Politik der SPÖ konzeptlos, einfallslos und sozialpolitisch gefährlich. Es scheint, als ob Behindertenpolitik konjunkturell bedingt sei. Das erinnert an alte Zeiten.

VERANSTALTUNGEN

11. Österreichisches Integrationssymposium „Es ist normal, verschieden zu sein und gleiche Rechte zu haben"	Termin: 6. – 8.Juni 1996 Congress Innsbruck Kontakt: Verein Tafie Tirol, Organisationsbüro, Amraser Straße 1/1, A-6020 Innsbruck, Tel./Fax: 0512 / 56 23 58	Auszug aus der ReferentInnenliste: Andrea Canevaro, Italien; Georg Feuser, Deutschland; Ernst Klee, Deutschland; Marietta Schneider, Österreich Kulturprogramm: Krüppel aus dem Sack von Franz Josef Huainigg
Familienseminar „Sieh mich auch mal anders an – Ich bin nicht immer gleich"	Termin: 1. – 2. Juni 1996, Linz Kontakt: Fortbildungsinstitut der Lebenshilfe Österreich, Schönbrunner Straße 179, A-1120 Wien, Tel: 0222 / 812 26 42 / 74	Angesprochen sind Familien mit behinderten Kindern/Erwachsenen. Erfahrungsaustausch und Aufarbeitung von Alltagsproblemen im familären Bereich stehen im Mittelpunkt dieses Seminars.
Fortbildung im Malko:		
Präsentationstechnik	Termin: 31. Mai – 1. Juni 1996 Markt Allhau;	Referentin: Mag. Uli Wögerer
Finanzcontrolling im Sozialbereich	Termin: 14. – 15. Juni 1996, Markt Allhau;	Referent: Günther Toth
Unternehmensberatung im Sozialbereich	Termin: 28. – 29. Juni 1996, Markt Allhau;	Referent: Ing. Franz Kern
Montessori-Ausbildung	1. Block 16. – 19. Mai 1996 2. Block 26. – 30. August 1996 3. Block 8. – 11. November 1996 4. Block noch offen; und zwei Hospitationstage in Wien jeweils 9.00 bis 18. 00 Uhr Kontakt: Andrea Bischof, BUNGIS; A-7411 Markt Allhau 312 Tel.: 03356 / 7772, Fax: 03356/ 7772 12	Referent: Dr. Harald Eichelberger
Konzil Fest Rave der Gehörlosen zum Weißen Sonntag in Linz	Termin: 13. April 1996, 10.00 – 12.00 Uhr, Linz, Blumauerplatz Kontakt: Stadtwerkstatt, A-4040 Linz, Kirchengasse 4; Fax: 0732/711 846	Gehörlosendemonstration für die Anerkennung der Gebärdensprache
Lebenszeichen Theatergruppe SOB 31	Termin: 7. – 8. Juni 1996, WUK-Wien Kontakt: Verein Theatergruppe SOB 31, Sobieskigasse 31, A-1090 Wien Tel.: 0222/513 57 61 oder 92 88 163	Ein buntes Kulturprogramm mit geistig und mehrfach behinderten Menschen für ALLE. Eintritt: 30.- bis 150.- ÖS
EU-Veranstaltung: Strategien für eine Antidiskriminierungsklausel im Vertrag „Maastricht II" – Behindertenpolitik in Europa	Termin: 19. April 1996, 15.00 – 17.00 Uhr, Arbeiterkammer Linz Kontakt: Redaktion domino, Mozartstraße 11, A-4020 Linz, Tel./Fax.: 0732/77 55 75	Referentin: Barbara Schmidbauer, Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzende der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Behinderte in Brüssel"
Buchpräsentation: „Herr Groll erfährt die Welt" – Im Rollstuhl durch gelähmte Zeiten	23. Mai 1996, 18.30 Uhr, Alte Schmiede, Schönlaterngasse 9, 1010 Wien	Erwin Riess liest aus seinem neuen Buch.

DOMINO-SERVICE

integra

Fachmesse für Rehabilitation & Integration

mit Vorträgen von:

Gusti Steiner, Mobile e.V., D
"Thesen zur neuen Behindertenfeindlichkeit"

Mag. Josef Maderegger, A
"Trauerbewältigung und Depression"

Dr. Andreas Fröhlich, D
"Basale Stimulation"

Die Fachmesse:

Alltagshilfen und **Pflegehilfsmittel** für behinderte und alte Menschen, **Mobilitätshilfen, Rollstühle, Hilfen** zur **Rehabilitation, Information** und **Beratung**

Das Bildungsprogramm:

Internationale Referenten zu Themen der **Assistenz** und **Förderung** von **alten** und **behinderten Menschen**

Das Aktionsprogramm:

Ausstellungen / Filme
Konzerte / Lesungen

Der Ideenwettbewerb:

"Barrieren überwinden" in Architektur und Design

vom 26. - 28. September 1996
Altenhof am Hausruck

Organisationsbüro:
integra '96 Hueb 10, A-4674 Altenhof/Hr.
Tel: +43 (0) 77 35/66 31-204, Fax: DW 333, E-mail: integra@pan.at

Vortragsreihe mit Horst Frehe

Horst Frehe ist Sozialrichter in Bremen. Frehe, der gleich drei Studiengänge: Pädagogik, Betriebswirtschaft und Jura, abschloß, gehört wohl zu den Gründern der progressiven Behindertenbewegung in Deutschland. In den achtziger Jahren war er maßgeblich an Aktionen für einen barrierefreien Zugang öffentlicher Verkehrsmittel in Bremen beteiligt. Heute sind in Bremen alle neuen Busse und Bahnen mit Hubliften ausgestattet. In der Bremer Bürgerschaft gestaltete Frehe als Abgeordneter nachhaltig die Sozialpolitik der Hansestadt.
Gemeinsam mit mehreren Organisationen veranstaltet domino eine Veranstaltungsreihe mit dem deutschen Juristen und Behindertenpolitiker.

Sozialrichter Horst Frehe.
Foto: Andreas Oechsner

Mobilität ist ein Menschenrecht
Termin: 13. Mai 1996, 19.00 Uhr, Linz
Veranstalter: Selbstbestimmt Leben Initiative Linz

Mobilität ist ein Menschenrecht
Termin: 14. Mai 1996, 19.00 Uhr, Salzburg
Veranstalter: Behindertenbeauftragte der Universität Salzburg

Diskriminierungsklausel im „Maastricht-Vertrag"
Termin: 20. Mai 1996, 19.00 Uhr, Graz
Veranstalter: Jugend am Werk Steiermark

Persönliche Assistenz
Termin: 21. Mai 1996, 19.00 Uhr, Wien
Veranstalter: Jugend am Werk Wien

Mobilität ist ein Menschenrecht
Termin: 23. Mai 1996, 19.00 Uhr, Wien
Veranstalter: Bizeps – Zentrum für selbstbestimmtes Leben

Kontakt: Redaktion domino, Mozartstraße 11, 4020 Linz, Tel./Fax.: 0732/77 55 75

Ferien auf dem Bauernhof

Behinderten- und rollstuhlgerecht...

...ist das neue Nichtraucher-Ferienhaus am Bauernhof der Familie Sieder im nö. Mostviertel ausgestattet. Geräumige 58 m² mit allem Komfort in ruhiger Grünlage und der Höchstnote „Vier Blumen" ausgezeichnet. Hofeigene Produkte, kellerfrischer Most, viele Ausflugsziele: Wachau, Ötscherland, Eisenstraße.

Familie Sieder, Waasen 1, A-3281 Oberndorf, Tel. 07483 / 441

Anzeige

MAIL box

Kritik und Lob, Anregung und Anerkennung haben wir erhalten. Das freut uns! Leider können wir nicht alles veröffentlichen. Dann müßten wir schon ein Buch schreiben. Kleiner Scherz am Rande. Doch ein Leserbrief hat uns besonders gefallen. Nur weil „maßgebliche politische Entscheidungsträger eine Studie als zukünftige Orientierungshilfe heranziehen" wird diese nicht schlechter, aber auch nicht besser.

Zu wenig objektiv

Ich begrüße es sehr, daß es auch in Österreich eine Behindertenzeitschrift gibt, die sich wirklich mit Behindertenfragen auseinandersetzt. Es ist mir bewußt, daß in Sachen Integration behinderter Menschen noch enorm viel geschehen muß, und daß wir alle dafür kämpfen müssen. Manchmal erscheinen mir aber Eure Berichte und Stellungnahmen zu wenig objektiv. Zum Beispiel der Bericht über die Fahrt mit dem ICE in der letzten Ausgabe von Domino war an und für sich sehr gut. Er hat für mich nur so geklungen, als ob Bahnfahren in dieser Form für Menschen mit Behinderung nur mit dem ICE möglich wäre, und das stimmt nicht. Ich bin zwar noch nie mit dem ICE gefahren, aber schon oft mit anderen Zügen in Österreich, Deutschland und Holland. Es ist natürlich in Österreich leider noch nicht so, daß ich als Rollstuhlfahrerin jeden Zug benützen kann, wie in Holland, aber es ist doch so, daß es schon mehrere IC´s und EC´s mit rollstuhlgerechten Reisewagen gibt, in denen ich genauso bequem reisen kann wie in dem von Euch beschriebenen ICE. Was das Ein- und Aussteigen betrifft, gibt es ja dort leider auch keine fahrzeuggebundene Einstiegshilfe, und so können wir ruhig (mittels Hebelift) auch unsere Züge benützen. Seit 17 Jahren fahre ich mit dem Rollstuhl mit der Bahn und ich habe erlebt, wie das Service nach vielen, vielen Pannen immer besser wurde. Ich bin zutiefst überzeugt, daß wir nicht erwarten dürfen, daß alles sofort klappt, aber daß wir hartnäckig sein müssen und nicht aufgeben dürfen, denn nur wenn wir die Gesellschaft immer und immer wieder mit uns und unseren Anliegen konfrontieren, wird sie auf unsere Bedürfnisse eingehen.

Brigitte Moosbrugger, Altenhof

Bedürfnis

Es ist mir ein Bedürfnis, meine Meinung über das „domino" mitzuteilen. Nachdem ich nun mehrere Ausgaben mit großem Interesse und Vergnügen gelesen habe, bin ich zu dem Schluß gelangt, daß es die am besten gelungene Zeitschrift ist, die ich in den letzten Jahren in Händen hatte. Als vielseitig interessierter und engagierter Lehrer habe ich regelmäßig mit einer Vielzahl von Publikationen zu tun. Einige sind äußerst informativ und niveauvoll, also äußerst LESENSWERT. Leider sind sie jedoch oft UNLESBAR, da Aufmachung und Layout, Textgestaltung und Illustrationen eine Lese-Hemmschwelle aufbauen, die, da in Zeiten der Informationsflut ohnehin sehr selektiv gelesen werden muß, für mich manches Mal unüberwindlich bleibt. Nicht so „domino"! Einladender, augenfreundlicher und interessenserweckender kann man eine Zeitung wohl kaum gestalten. Ich lese sie jedenfalls meist von der ersten bis zur letzten Seite und überspringe nicht einmal die Anzeigen. Daß der Inhalt vollauf der freudigen Erwartung entspricht, versteht sich von selbst! Ich hoffe auf viele weitere Ausgaben in gleicher Qualität!

Ursula Prader, Wien

Gratulation

Ich möchte Ihnen sehr für Ihre gelungene Zeitung gratulieren. Aus diesem Grund habe ich gerade den Abo-Beitrag für 1996 eingezahlt.

Christine Weiß, Ilz

Hetzerische Meinungsmache

Leute, ich verstehe Eure hetzerische Meinungsmache kurz vor der Wahl wirk-

Sozial-Service

Mit der Einrichtung einer Sozial-Servicestelle hat die OÖ Gebietskrankenkasse in der Betreuung ihrer Kunden einen neuen Weg eingeschlagen. Sie unterhält Kontakte zu den Pensionsversicherungsanstalten in Linz, zur Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, zu den Wohlfahrtsämtern, dem Amt der oö. Landesregierung, dem Bundessozialamt OÖ, dem Arbeitsmarktservice, der Arbeiterkammer, dem ÖGB, der Linzer Volkshilfe (Altenbetreuung und Hauskrankenpflege), dem BBRZ Linz und zu allen im Gesundheitsbereich tätigen Selbsthilfegruppen. Die Sozial-Servicestelle koordiniert zwischen diesen Institutionen, stellt Kontakte her und versucht, für alle rat- und hilfesuchenden Menschen eine optimale Betreuung zu erreichen.

Tel. 0732/7807/2605 DW

OÖ GKK
FORUM GESUNDHEIT
Gesundheit ist unser Beitrag

lich nicht. Es gibt, wie ich in diesem Ordner (Mailbox) ausgeführt habe, klare Positionen PRO Integration von der Unterrichtsministerin, die ich selbst gehört habe. Wie kann da von Deckung dieses Standpunkts die Rede sein? Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten. Entweder sie hat anderswo andere Aussagen getätigt, dann wäre zu prüfen, ob sie jetzt etwa ihre Meinung geändert hat. Kann ja sein. Aber dann ist das hier anzuführen. Ich bin kein ÖVP-Fan und habe sie bei den Wahlen auch links oder rechts liegengelassen. Aber zu einer seriösen Berichterstattung gehört eine gute Argumentation und nicht bloß emotionelle Stimmungsmache in Haider-Manier!! (und zwar ohne abgesicherte Argumente).

Gerhard Wagner II Mailbox

Spendenaufruf im Dezember

(Wir brauchen ihr Geld) um Wahlempfehlungen abzugeben!!! Wir unterstützen Sie erst dann, wenn Sie Parteipolitik aus Ihrem Heft verbannen.

Bezirksaltenheim, Grieskirchen

Kommentar Gehörlosenstudie

Wir haben mit Interesse Ihren in der Zeitschrift „domino" Ausgabe 4/95 abgedruckten Kommentar zu der von uns verfaßten Studie „Gehörlose Menschen in Österreich – Ihre Lebens- und Arbeitssituation" gelesen. Ihr Kommentar steht im krassen Widerspruch zu dem bisherig erhaltenen Feedback zur o. a. Studie. In der Anlage übermitteln wir Ihnen Rückmeldungen, aus denen hervorgeht, daß die Studie mit großem Interesse aufgenommen wurde, und von maßgeblichen politischen Entscheidungsträgern als zukünftige Orientierungshilfe herangezogen wird.

Eva Belabed
Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Linz

Anregung

Ich möchte Ihre Zeitschrift domino gerne abonnieren. Ich finde Ihre Zeitschrift sehr gut, hoffe jedoch, daß sie noch umfangreicher wird. Eine Anregung hätte ich noch, von dem ich allerdings weiß, daß es sehr schwer realisierbar ist. Könnt Ihr nicht die wichtigsten Seminare übervereinsmäßig ankündigen, ebenso wie wichtige Symposien? Selbst ich müßte im meinem Bereich 3 bis 5 Fachzeitschriften alleine deswegen abonnieren und das ist mir zu mühsam.

Sabine S. Spitz, Wien

MEHR LEBENSQUALITÄT
durch gesicherte, komfortable Mobilität!

REHA AUTO CENTER BODENSEE GmbH
ROLLSTUHLGERECHTE FAHRZEUGTECHNIK

- Individuelle, behindertengerechte Fahrzeuge
- für Sie speziell konstruiert und gebaut auf der Basis des Chrysler Voyager
- für Selbst- oder Mitfahrer im Rollstuhl
- elektrisch und manuell bedienbare Türen und Rampen
- Einbau von speziell auf Sie zugeschnittenem Zubehör
- Neu- und Gebrauchtfahrzeuge. Mit Dreijahres-Garantie

Rufen Sie uns an, wir beraten Sie gerne.

Reha Auto Center Bodensee GmbH, Robert Gerwig Straße 17, D-78315 Radolfzell, Tel.: ++49 (0) 7732/564 04, Fax: ++49 (0) 7732/536 39

Adressen service

Integration

Integration Österreich
Kaiserstraße 55/2
A-1070 Wien
Tel.: 0222 / 522 94 07
Fax: 0222 / 522 94 08

AGIL Aktionsgemeinschaft
IntergrationslehrerInnen – Wien
Zwerggasse 5/14
A-1020 Wien
Tel.: 0222 / 330 97 62
Fax: 0222 / 330 97 62

Selbstbestimmt Leben Initiativen

Selbstbestimmt Leben Initiative
Innsbruck
Pradlerstraße 10
A-6020 Innsbruck
Tel.: 0512 / 39 22 16
Fax: 0512 / 39 44 88

Selbstbestimmt Leben Intiative
Salzburg
Sonja Stadler
Fritschgasse 5/104
A-5020 Salzburg
Tel.:0662 / 64 64 18

Zentrum für Selbstbestimmtes Leben
Bizeps
Wien
Kaiserstraße 55/3/4a
A-1070 Wien
Tel:. 0222 / 523 89 21 -0
Fax: 0222 / 523 89 21 - 20

Selbstbestimmt Leben Intiative
Linz
Mozartstraße 11
A-4020 Linz
Tel.: 0732 / 77 55 75
Fax: 0732 / 77 55 75

Internationale Dokumente:

Die Salamanca Erklärung

Die Salamanca Erklärung und der Aktionsrahmen zur Pädagogik für besondere Bedürfnisse wurde von der UNESCO-Weltkonferenz im Juni 1994 in Salamanca einstimmig durch VertreterInnen von 92 Regierungen angenommen. Das bildungspolitische Dokument stellt einen Meilenstein in der Entwicklung integrativer Schulsysteme dar.

Die Salamanca Erklärung hält die politische Erklärung der Delegierten fest, daß integrative Schulen zu einer toleranten Gesellschaft führen, die alle Menschen unabhängig von ihren individuellen Eigenschaften willkommen heißt. Regierungen werden aufgefordert, Grundlagen für die Einrichtung integrativer Schulsysteme zu schaffen. Schulen sollen sich auf die Bedürfnisse aller Kinder einrichten und müssen sich daher verändern. Die Notwendigkeit der Einbeziehung von Eltern- und Betroffenenorganisationen in schulpolitische Entscheidungsprozesse wird deutlich betont.

Der Aktionsrahmen zur Pädagogik für besondere Bedürfnisse

Der Aktionsrahmen zur Pädagogik für besondere Bedürfnisse konkretisiert die Zielsetzungen der Salamanca Erklärung und schlägt konkrete Leitlinien zur Umsetzung vor. In einer Einführung wird das Konzept einer neuen, integrativen Pädagogik vorgestellt, die kindzentriert nicht mehr an Defiziten orientiert aussondert, sondern kreativ den individuellen Bedürfnissen entgegenkommt. Die in der Folge entstehende Vielfalt wird als Bereicherung und Herausforderung und nicht als Hindernis verstanden.

Im weiteren werden Leitlinien für Maßnahmen auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene dargestellt, für die hier beispielhaft einige skizziert seien:

- Gesetze sollen geschaffen werden, die die Einrichtung integrativer Schulen ermöglichen und befürworten;
- Kinder mit Behinderung sollen jene Schule besuchen, die sie besuchen würden, hätten sie keine Behinderung;
- Kinder mit Behinderung benötigen beim Lernen zusätzliche Unterstützung, die gesichert sein muß:
- bestehende Sonderschulen sollen in Ressourcenzentren umgewandelt werden, die erworbenes Fachwissen in Regelschulen weitergeben;
- Ländern, die kein Sonderschulsystem haben, wird empfohlen, von vornherein ein integratives System zu entwickeln;
- in der LehrerInnenbildung soll ein positives Bild von Behinderung vermittelt und integrative Pädagogik unterrichtet werden;
- um Rollenvorbilder für Kinder mit Behinderung zu schaffen, sollen vermehrt LehrerInnen mit Behinderung angestellt werden;
- integrative Pilotprojekte sollen gefördert und international ausgetauscht werden.

Kinder mit Behinderung sollen jene Schule besuchen, die sie besuchen würden, hätten sie keine Behinderung

(Die deutsche Übersetzung des zukunftsweisenden Dokumentes ist in der Reihe domino-texte erschienen.)

Bezugsadresse: Redaktion domino, Linz erhältlich.
(Druckkostenbeitrag 60 ÖS inklusive Porto)

domino – Europamagazin zur Selbstbestimmung gehinderter Menschen

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger und Redaktionsadresse:
domino – Verein für gehinderte Menschen
Mozartstraße 11/8, A-4020 Linz
Tel./Fax 0732 / 77 55 75 /
Internet: domino@magnet.at

Verantwortlicher Redakteur: Andreas Oechsner

Redaktion Österreich, Linz: Martin Ladstätter, Mag. Petra Flieger

Redaktion Deutschland, Berlin: H.-Günter Heiden
Liebstöckelweg 14, D-13503 Berlin
Tel.: ++49 / 030 / 436 44 41 / Fax.:++49 / 030 / 436 44 42
Internet:HGH-SI@t-online.de

Freie MitarbeiterInnen: Horst Frehe, Mag. Angelika Jensen, Dr. Franz-Joseph Huainigg, Mag. Silvia Oechsner, Dr. Erwin Riess, Dr. Volker Schönwiese

Cartoons: Andreas Scharang

Layout: Harry Schmadlbauer
Druck: Gutenberg-Werbering, Linz

Auflage: 10.000

Anzeigen erscheinen unter der Verantwortung der Auftraggeber
Anzeigenschluß: jeweils vier Wochen vor Erscheinen.

Abo und Vertrieb: domino
Mozartstraße 11/8, A-4020 Linz
Tel./Fax 0732 / 77 55 75

Jahresabo S 135,- (DM 20,-) / Einzelheft S 45,- (DM 6,50)
Bankverbindung: Oberbank, Linz BLZ: 15000, Kontonummer: 711-2205/25

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Nachdruck nur mit Genehmigung gestattet.

§ 25 Mediengesetz Blattlinie: Berichterstattung über behindertenpolitische Themen im In- und Ausland

Verlagspostamt: 4010 P.b.b.
DVR: 0756024

UNESCO 1994

Das neue Denken in der Sonderpädagik!

„Wir glauben und erklären, daß Regelschulen mit integrativer Orientierung das beste Mittel sind, um diskrimierende Handlungen zu bekämpfen, um Gemeinschaften zu schaffen, die alle willkommen heißen, um eine integrierende Gesellschaft aufzubauen und um Bildung für alle zu erreichen."

„Die Schulpolitik auf allen Ebenen, von der Bundes- bis zur Bezirksebene, sollte festlegen, daß ein Kind mit einer Behinderung die Nachbarschaftsschule besuchen sollte, das heißt jene Schule, die es besuchen würde, hätte es keine Behinderung."

UNESCO 1994

die salamanca erklärung
und der aktionsrahmen
zur pädagogik für
besondere Bedürfnisse

erschienen in der reihe domino texte

die salamanca erklärung

und der aktionsrahmen
zur pädagogik für
besondere bedürfnisse

Für ältere Menschen und Gehbehinderte: Graf Carello sorgt für Bewegung

Mobilität ist besonders für gebrechliche und behinderte Menschen oft ein unlösbares Problem. Besser gesagt: war. Graf Carello bringt verlorene Mobilität zurück.

♦ **Carello** bringt ein Stück Freiheit zurück!

Die Produktpalette des heimischen Unternehmens ist weit gefächert, die Bedienung der komfortablen Modelle „kinderleicht". Das Modell „Graf Carello Duett" etwa eignet sich ideal für den Ausflug zu zweit, mit einer schützenden Kabine ist man vor der Unbill des Wetters gefeit. Ein weiteres Modell verfügt über einen speziell ausgeführten Drehsitz, der das Ein- und Aussteigen erleichtert und zudem gemütliches Sitzen bei Tisch zu Hause, im Café oder anderswo ermöglicht.

Beschleunigt und gebremst werden die „Carellos" mit dem Lenkrad. Alle Funktionen lassen sich bequem mit einer Hand bedienen, und auch bei Nacht ist durch die Beleuchtung ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet.

Das Unternehmen garantiert zudem persönliche Beratung und zuverlässige Kundenbetreuung. Informationen werden unter Tel. 0 33 85/82 82-0 gerne erteilt!

FOTOS: STUHLHOFER

♦ **Behindertenfahrzeug** von Graf Carello.

GRAF Carello®
ELEKTROFAHRZEUGE
8262 Ilz, Nestelbach 77, Tel. 0 33 85/82 82-0

ANZEIGE

Buchbinderei Eva Flieger

[die etwas andere Buchbinderei]

- Wir binden für Sie Diplomarbeiten und Dissertationen
- Wir reparieren Ihre alten Bücher
- Wir fertigen Mappen und Schachteln nach Ihren Vorstellungen an
- Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns ein Fax!

Buchbinderei Eva Flieger
Ungargasse 15
A-1030 Wien
Tel. 0222/ 712 42 43
Fax: 0222/ 712 42 43-4

Verlagspostamt: 4010; P.b.b.
DVR.-N. 075 024